

SoVD Zeitung

Sozialverband Deutschland – Ihr Partner in sozialen Fragen

Nr. 4 / April 2007 · Ausgabe Bayern / Hessen

Internet: <http://www.sovd.de> · E-Mail: contact@sozialverband.de

Europa
sozial gestalten!

SoVD-Präsident auf
Europäischem Sozialstaatskongress

Seite 2

Exklusiv in der
SoVD-Zeitung

Interview mit
Dr. Heiner Geißler

Seite 5



Umweltzonen und
Kfz-Steuerreform

Dicke Luft für
Besitzer alter Autos

Seite 10

Trendwende am Arbeitsmarkt

Mehr Jobs für Ältere

Jahrelang war der Arbeitsmarkt für ältere Menschen fast hermetisch abgeriegelt: Wer „draußen“ war, hatte so gut wie keine Chance, je wieder in Lohn und Brot zu kommen. Jetzt zeigen aktuelle Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA): Die Situation für ältere Arbeitnehmer hat sich überraschend gebessert. Mehr noch: Die Beschäftigungschancen für Über-50-Jährige sind deutlich stärker gestiegen als die für andere Altersgruppen. Damit aus dem positiven Trend eine nachhaltige Verbesserung der Beschäftigungssituation älterer Menschen wird, sind aber noch viele Anstrengungen nötig.

Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit zufolge ist die Zahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze für ältere Menschen in den zwölf Monaten bis Juni 2006 (aus diesem Monat stammen die jüngsten Daten) um annähernd 200 000 gestiegen. In allen anderen Altersgruppen ist die Zahl sozialversicherungspflichtiger Stellen im gleichen Zeitraum leicht gesunken. Interessant auch der europäische Vergleich: Während es jahrelang hieß, dass Deutschland hinsichtlich der Beschäftigungssituation älterer Menschen anderen EU-Ländern weit hinterherhinkte, so kann man jetzt konstatieren: Mit einer Beschäftigungsquote von gut 45 Prozent bei den Über-50-Jährigen liegt die Bundesrepublik inzwischen leicht über dem europäischen Mittel.

Wie kam es zur Trendwende? Als Grund werden von der BA – vom allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland einmal abgesehen – in erster Linie Einschränkungen bei der Frühverrentung und mehr Hilfen für die Weiterbildung im Zuge der Hartz-Reformen genannt. Genau hierin sehen Beobachter aber ein Problem. Sie weisen darauf hin, dass die bisherigen Erfolge (noch) zu wenig auf echtem Interesse der Arbeitgeber an älteren Beschäftigten beruhen, um eine dauerhafte positive Entwicklung zu begründen. Konsequenterweise fordert denn auch BA-Chef Frank-Jürgen Weise in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau: „Die Firmen müssen erkennen, dass sie davon profitieren, wenn sie Ältere in Beschäftigung halten. (...) Ohne die Erfahrung in ihren Belegschaften haben sie ein katastrophales Defizit im Geschäft.“

Indirekt kritisiert Weise in besagtem Interview auch die Rente mit 67. Seiner Meinung nach muss die Politik erkennen, dass in Deutschland flexible Ausstiegsmöglichkeiten aus dem Erwerbsleben Sinn machen. Es gebe, so Weise, aus seiner Sicht „gute Gründe, dass nicht jeder in höchster Intensität bis 65 oder künftig 67 arbeiten will oder kann.“ Mit dieser Sichtweise teilt der Chef der Bundesagentur für Arbeit die grundlegenden Bedenken des Sozialverband Deutschland gegenüber der Rente mit 67. Zu unzähligen Anlässen und in aller Deutlichkeit hat der Verband seine Kritik an der Heraufsetzung des regulären Renteneintrittsalters um zwei Jahre geäußert – so zum Beispiel auf einer gemeinsamen Pressekonferenz von DGB, Volkssolidarität und SoVD, die in den Medien großes Echo fand, und in Form einer Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Rente mit 67. So erfreulich eine



Foto: Design Pics / vario images

Jung und Alt – Betriebe brauchen beides. Arbeitgeber setzen allerdings noch immer viel zu wenig auf das Know-how von Menschen jenseits der 50. Wegen der anziehenden Konjunktur sind deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt in letzter Zeit dennoch gestiegen.

So erfreulich eine hätten eine deutliche Lohnerhöhung vorzuweisen. Auch das könnte womöglich die Konjunktur ankurbeln und Arbeitsplätze sichern. So aber wurde die Mehrwertsteuer zum Anfang des Jahres heraufgesetzt, und die Gewerkschaften werden von einzelnen Politikern zu moderaten Lohnforderungen gedrängt. Das ist das wahre Problem der geplanten Unternehmensteuerreform: Zu diesem Zeitpunkt wird sie von den Menschen nicht verstanden – große Konzerne steigern ihren Umsatz, während der kleine Mann die Zeche zahlt. Staunenden Auges stehen Arbeitnehmer heute vor beeindruckenden Zahlen hoher Unternehmensgewinne und morgen dennoch auf der Straße. *jb*

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) möchte die Unternehmen in Deutschland entlasten. Mit seiner Unternehmensteuerreform würden diese statt bisher knapp 39 weniger als 30 Prozent Steuern zahlen. Die Argumentation ist nicht neu: Die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen werde verbessert und der Wirtschaftsstandort Deutschland gestärkt. Dadurch seien neue Arbeitsplätze und in der Folge auch höhere Staatseinnahmen zu erwarten. So weit die Theorie. Der selektive Weitblick des Bundesschatzmeisters hat sich in anderen Bereichen bisher leider nicht durchsetzen können. Wäre dem so, dann würden wir in diesem Jahr vermutlich alle von einer niedrigeren Mehrwertsteuer profitieren und die Arbeitnehmer

Auch der DGB-Arbeitsmarktexperte Wilhelm Adamy ist nicht für blinden Optimismus. Der Arbeitsmarkt für Ältere sei etwas günstiger geworden, meint er. Das ändere aber nichts daran, dass sie es nach wie vor schwer hätten, „sich im Beruf zu halten oder erst recht eine Stelle zu finden“.

Blickpunkt

Wer in Deutschland krank wird, hat Anspruch auf medizinische Versorgung. Zu häufig aber wird dabei zwischen privat und gesetzlich Versicherten getrennt. Ein Beispiel: Trotz akuter Beschwerden wartet jeder vierte Kassenpatient mindestens zwei Wochen auf einen Arzttermin – bei Privatversicherten trifft dieses Los noch nicht einmal jeden zwölften.



Auch die Behandlung selbst weist Ungleichheiten auf: Eine Studie hat kürzlich belegt, dass Privatpatienten häufiger neue und damit teurere Medikamente verschrieben werden als dies bei gesetzlich Versicherten der Fall ist. Wie kommt das?

Gesundheitspolitiker machen gerne die Ärzte für den Missstand verantwortlich. Die aber sind häufig schlicht am Überleben ihrer Praxis interessiert und da bringen privat Versicherte bisher einfach höhere Einnahmen. Überwunden werden kann diese „Zwei-Klassen-Medizin“ erst, wenn alle Bürger unabhängig von ihrer Einkommensart in die solidarische Finanzierung der Gesundheitsversorgung einbezogen werden – gemäß der einfachen Formel: gleiche Versicherung = gleiche Leistung. Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Es ist an der Politik, sie umzusetzen.

Adolf Bauer, Präsident

Anzeige

Als Mitglied im SoVD genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.

Unfall-Vorsorge*

- Keine Gesundheitsfragen
- Aufnahme bis zum 80. Lebensjahr
- Invalideitsleistung bereits ab 1 %
- Krankenhaus-Tagegeld im In- u. Ausland
- lebenslange Unfall-Rente

mit Notfall-Plus

- 1.500,- EUR Sofortleistung bei Krankenhausaufenthalt ab 6 Tagen
- Hilfe- und Pflegeleistungen wie z.B. Menüservice, Haushaltsarbeiten, Einkäufe
- Unfallhilfe im In- und Ausland

*Auf Basis der SoVD-Sterbegeld-Vers.

Haben Sie Interesse?: 040/ 63 76 27 62

www.ovg.hamburg-mannheimer.de

mit der Organisation für
Verbandsgruppenversicherungen

HAMBURG
MANNHEIMER

Ein Unternehmen der
ERGO Versicherungsgruppe.

Weniger Steuern für Unternehmen – ein falsches Signal zur falschen Zeit

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) möchte die Unternehmen in Deutschland entlasten. Mit seiner Unternehmensteuerreform würden diese statt bisher knapp 39 weniger als 30 Prozent Steuern zahlen. Die Argumentation ist nicht neu: Die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen werde verbessert und der Wirtschaftsstandort Deutschland gestärkt. Dadurch seien neue Arbeitsplätze und in der Folge auch höhere Staatseinnahmen zu erwarten. So weit die Theorie.

Der selektive Weitblick des Bundesschatzmeisters hat sich in anderen Bereichen bisher leider nicht durchsetzen können. Wäre dem so, dann würden wir in diesem Jahr vermutlich alle von einer niedrigeren Mehrwertsteuer profitieren und die Arbeitnehmer

hätten eine deutliche Lohnerhöhung vorzuweisen. Auch das könnte womöglich die Konjunktur ankurbeln und Arbeitsplätze sichern.

So aber wurde die Mehrwertsteuer zum Anfang des Jahres heraufgesetzt, und die Gewerkschaften werden von einzelnen Politikern zu moderaten Lohnforderungen gedrängt. Das ist das wahre Problem der geplanten Unternehmensteuerreform: Zu diesem Zeitpunkt wird sie von den Menschen nicht verstanden – große Konzerne steigern ihren Umsatz, während der kleine Mann die Zeche zahlt. Staunenden Auges stehen Arbeitnehmer heute vor beeindruckenden Zahlen hoher Unternehmensgewinne und morgen dennoch auf der Straße. *jb*

Europäischer Sozialstaatskongress / SoVD-Präsident Adolf Bauer im Forum

Europa sozial gestalten!

Gewerkschafter, Wissenschaftler, Politiker, Kirchen- und Verbandsvertreter diskutierten auf dem zweitägigen Sozialstaatskongress am 13. und 14. März in Berlin, wie das Sozialstaatsprinzip in Europa zukunftsfest gemacht werden kann. SoVD-Präsident Adolf Bauer nahm an einem Forum teil.

Der Kongress wurde von der Hans-Böckler-Stiftung und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) veranstaltet, er stand unter dem Motto „Europa sozial gestalten!“. Teilgenommen haben über 600 Experten ihres Fachs, darunter so bekannte wie der ehemalige Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU), der IG-Metall-Vorsitzende Jürgen Peters, ver.di-Chef Frank Bsirske, Professor Dr. Dr. Bert Rürup, Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Situation. Die deutsche Bundeskanzlerin und EU-Ratspräsidentin, Dr. Angela Merkel, sprach ein Grußwort.

Ziel der Veranstaltung war es, Alternativen zu den Sozialrechtsreformen der Großen Koalition hierzulande zu entwickeln, und zum anderen, Vorschläge für die noch wenig ausgeprägte soziale Dimension Europas zu diskutieren.

„Wir werden den Sozialstaat nur dann erhalten können, wenn die Menschen ihn wollen und Nutzen aus ihm ziehen“, sagte DGB-Vorsitzender Michael Sommer zur Eröffnung des Kongresses. Der Sozialstaat stünde inzwischen unter „neoliberalen Dauerbeschuss“ – nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa. „Wir haben nicht mehr das Europa von Jacques Delors, sondern das von Barroso.“ Sommer zeigte sich dennoch überzeugt: „Die Menschen wollen ein soziales Europa.“

In insgesamt acht Foren, die sich über zwei Tage erstreckten, wurden soziale Fragen aus europäischer Perspektive diskutiert. SoVD-Präsident Adolf Bauer war Teilnehmer des Forums „Wie verhindern wir Altersarmut in reichen Gesellschaften?“ In einem Statement wies Bauer die Anwesenden darauf hin, dass sich die Anzeichen mehrten, „dass wir wieder vor einem Anstieg der Altersarmut stehen“. Diese sei nicht nur ein Problem für den einzelnen Betroffenen, sondern auch für die solidarische Rentenversicherung. Wenn sie für eine steigende Zahl von Versicherten keine ausreichenden Renten mehr gewährleisten könne, werde sich irgendwann auch die Frage nach ihrer verfassungsrechtlichen Legitimität als Pflichtversicherung stellen. „Für das Erfolgsmodell solidarische Rentenversicherung“, so SoVD-Präsident Adolf Bauer, „wäre dies eine Katastrophe.“



Foto: Schlemmer

SoVD-Präsident Adolf Bauer (li.) setzte sich auf dem Europäischen Sozialstaatskongress von Hans-Böckler-Stiftung und DGB für die Sicherung der solidarischen Rentenversicherung ein.

keine ausreichenden Renten mehr gewährleisten könne, werde sich irgendwann auch die Frage nach ihrer verfassungsrechtlichen Legitimität als Pflichtversicherung stellen. „Für das Erfolgsmodell solidarische Rentenversicherung“, so SoVD-Präsident Adolf Bauer, „wäre dies eine Katastrophe.“

Kostendämpfung im Gesundheitswesen

Sparen könnte so einfach sein!

Eines der zentralen Anliegen der jüngsten Gesundheitsreform war es, die Kosten im Gesundheitsbereich einzudämmen. Ob die beschlossenen Maßnahmen erfolgreich sind, muss sich erst noch zeigen. Dabei gäbe es schon jetzt Möglichkeiten, bei Medikamenten oder Hilfsmitteln große Summen einzusparen, ohne dass die Patienten dadurch an Nebenwirkungen leiden – ganz im Gegenteil! Wir stellen vier Beispiele vor.

Beispiel 1: Der „Spardoktor“

Dr. Bertel Berendes ist Landarzt in Ostwestfalen. Schon mehrfach war er in den Medien und fast ebenso oft stand er auch schon vor Gericht. Beides verdankt er einer Idee, die er bereits seit Jahren in seiner Praxis umsetzt: Der Mediziner nimmt nicht verbrauchte Medikamente zurück und gibt diese kostenlos an Kranke weiter. Der Spareffekt zieht dabei weite Kreise, denn nicht nur spart sich der Patient den Gang

zur Apotheke und die anfallende Rezeptgebühr, auch die Krankenkasse profitiert von den vermiedenen Neuschreibungen.

Einen Haken hat die Sache aber doch. Denn die Weitergabe geöffneter Arzneimittelverpackungen ist in Deutschland verboten. Ein Apotheker hat den Arzt bereits wegen unlauteren Wettbewerbs angezeigt. Bisher hat dies Dr. Berendes aber nicht sonderlich beeindruckt. Neben dem Sparen treibt ihn nämlich noch ein anderer Aspekt um. Es wurmt ihn, dass „jede vierte Medikamentenschachtel in Deutschland auf dem Müll landet“. Die Tabletten, die in der Praxis abgegeben werden, sind alle einzeln verschweißt und noch haltbar – viel zu schade also, um weggeworfen zu werden. Das sehen die Patienten, die sich die hohe Zuzahlung bei Arzneimitteln häufig nicht leisten können, genauso.

Beispiel 2: Großpackungen

Bei Medikamenten gilt das Gleiche wie beim Einkauf im Supermarkt: Große Packungen sind in der Regel billiger als kleine. Die Bewohner in Altenheimen können davon jedoch leider nicht profitieren. Denn das Personal dort muss die Arzneimittel für jeden Patienten individuell verwahren und zuteilen – das ist in Deutschland so Vorschrift. Begründet wird diese Ein-

schränkung mit der Sicherheit der Patienten. Dabei haben gerade Heimbewohner als Pflegefälle zu meist ähnliche Beschwerden und folglich auch identische Medikamente. Diese ließen sich problemlos aus günstigen Großpackungen verteilen – bis zu einem Drittel der Kosten könnte so gespart werden.

Beispiel 3: „Verblisterung“

Damit wird die individuelle Verpackung von Medikamenten für einzelne Patienten bezeichnet. Arzneimittel werden bereits vom Hersteller in sogenannten Blisterpackungen geliefert. Diese orientieren sich jedoch nicht an der wirklich benötigten Menge und sind gerade von älteren Menschen nicht immer gut handhabbar.

Im Saarland gibt es seit Ende letzten Jahres ein Pilotprojekt, in dem 500 Bewohner eines Altenheimes mit speziellen Wochenblistern versorgt werden. Sortiert nach Wochentag und Tageszeit können die Tabletten problemlos von den Senioren entnommen werden und müssen nicht mehr einzeln zusammengestellt werden. Krankenkassen rechnen damit, dass sich so bis zu acht Prozent der Arzneimittelkosten einsparen lassen, da weniger unverbrauchte Medikamente entsorgt werden müssen.

Beispiel 4: Hilfsmittel

Wer die Preise im Sanitätsfachhandel kennt, weiß, dass Hilfsmittel teuer sein können. Ein bayerischer Unternehmer bietet in seinem Gesundheitsmarkt jedoch Waren an,



Foto: Veer

In Deutschland werden jährlich unbenutzte Medikamente im Gegenwert von knapp drei Milliarden Euro weggeworfen – hier liegt enormes Sparpotential.

Der Bundesvorstand des Sozialverband Deutschland gibt bekannt:
Die 16. Bundesverbandstagung findet vom 24. bis 26. Oktober 2007 in Berlin statt

Der Bundesvorstand des Sozialverband Deutschland hat gemäß § 13 Nr. 2 der Satzung des Bundesverbandes die 16. Bundesverbandstagung des Sozialverband Deutschland einberufen. Sie wird vom 24. bis 26. Oktober 2007 im „Estrel Hotel Berlin“ abgehalten.

Die Eröffnungsveranstaltung, der Sitzungen des Bundesvorstandes und seiner Antragskommissionen vorausgehen, findet am Mittwoch, 24. Oktober, ab 9.45 Uhr statt (Begrüßung der Ehrengäste durch den Bundesvorstand ab 9.15 Uhr). Zu Ende geht die 16. Bundesverbandstagung am Freitag, 26. Oktober, um 12 Uhr. **Adolf Bauer, Präsident**

Weniger Rente trotz Rentenerhöhung

Bundesarbeitsminister Franz Müntefering hat angekündigt, die Rente zum 1. Juli um 0,54 Prozent zu erhöhen. Jubelstimmung kommt unter Rentnern dennoch nicht auf. Von der Rentenerhöhung bleibt unter dem Strich nämlich nichts übrig, die minimale Rentenerhöhung wird vielmehr durch den erhöhten Krankenkassenbeitrag wieder „aufgefressen“. Nach einer Beispielrechnung des SoVD bedeutet die Erhöhung für einen Rentner mit einer Rente von 1100 Euro, dass er ab dem 1. Juli monatlich 5,94 Euro mehr erhält. Für einen Rentner, der zum Beispiel bei der AOK Bayern versichert ist, steigt aber zum 1. April der Krankenkassenbeitrag um 0,9 Prozent auf 14,5 Prozent. Der Rentner zahlt also 4,95 Euro (0,45 Prozent) monatlich mehr für die Krankenversicherung, so dass ihm unter dem Strich von der Rentenerhöhung gerade ein Euro übrigbleibt. Dieser gleicht nicht einmal die Inflationsrate aus.



Foto: Schlemmer

SoVD-Vizepräsidentin Marianne Saarholz und der behindertenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Jörg Rohde, fordern mehr Anstrengungen im Kampf um die Teilhabe behinderter Menschen in Ausbildung und Beruf.

Marianne Saarholz zu Gast bei Jörg Rohde (MdB)

Gespräch über Sozial- und Behindertenpolitik

Am 7. März 2007 empfing der behindertenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Jörg Rohde (MdB), die Vizepräsidentin des SoVD, Marianne Saarholz, und den Leiter der Abteilung Sozialpolitik beim Bundesverband, Hans-Jürgen Leutloff, zu einem Gespräch. Thema waren aktuelle sozial- und behindertenpolitische Fragen. Im Hinblick auf die geplante Reform der Pflegeversicherung bestand zwischen den Gesprächspartnern Einvernehmen, dass die Sicherstellung einer menschenwürdigen und teilhabeorientierten Pflege erstrangiges Ziel bei der Reform sein muss. Jörg Rohde stimmte der SoVD-Vizepräsidentin zu, dass weitere durchgreifende Anstrengungen erforderlich sind, um die Teilhabe behinderter Menschen in Ausbildung und Beruf zu gewährleisten.

die er günstig im Ausland bezieht. So kann er die Preise der Hersteller in Deutschland unterbieten – teilweise um bis zu 50 Prozent. Ein Glücksfall für seine Kunden und eigentlich auch für die Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK) Bayern. Die weigerte sich jedoch lange Zeit, die Kosten ihrer Versicherten zu übernehmen. Die Begründung: Der Gesundheitsmarkt erfülle nicht alle Kriterien

en eines Sanitätsgeschäftes, wie es sich die AOK vorstellt – beispielsweise fehle ein Fuhrpark.

Doch wozu eine Wagenflotte unterhalten, wenn sich die Kunden ihre Ware selbst abholen? Mittlerweile hat die Krankenkasse ein Einsehen gehabt, und seit Januar können auch AOK-Versicherte von den günstigen Preisen bei standardisierten Hilfsmitteln profitieren. *jb*

SoVD-Kampagne Gut tun – tut gut

Liebe Mitglieder, die Buchpräsentation des SoVD-Ratgeberbandes fand am 30. März mit Schirmherrin Prof. Dr. Gesine Schwan und SoVD-Präsident Adolf Bauer in Berlin statt. Moderiert wurde die Buchvorstellung von der Autorin Ilse Biberti, die das Buch „Hilfe, meine Eltern sind alt“ geschrieben hat. Wir werden in der Mai-Ausgabe unserer SoVD-Zeitung ausführlich berichten.

Das Buch mit dem Titel „Gut tun – tut gut. Menschen helfen Menschen im Alltag. 70 kleine Ideen und Tipps für Glücksbringer“, das im Pendo Verlag erschienen ist, ist ab sofort für 9,90 Euro im Buchhandel erhältlich. SoVD-Gliederungen senden die Bestellung unter Angabe der Bestellmenge bitte an die Abteilung „Zentrale Aufgaben“ in der Bundesgeschäftsstelle, Fax 030/72 62 22-311; Solange der Vorrat reicht. Der Einzelpreis beträgt 5,60 Euro zuzüglich 7 Prozent Mehrwertsteuer, also 5,99 Euro, und Versandkosten.

Mit der Fernseh- und Freizeittillustrierten „Auf einen Blick“ vereinbarte der SoVD eine Medienpartnerschaft (1,5 Millionen Auflage). Demnächst erscheint der erste Auftaktbericht, in dem die Kampagne vorgestellt wird.



Der Landesverband Niedersachsen hat zu einem großen Mal- und Fotowettbewerb zur Kampagne aufgerufen (Einsendeschluss: 30. April). Gewinnen Sie als Hauptpreis ein Wochenende im Vitalhotel Schützenhaus in Bad Sachsa oder einen von neun anderen Preisen. Die besten Zeichnungen und Fotos sollen in der SoVD-Landesgeschäftsstelle Hannover ausgestellt werden. Schicken Sie Ihre Kunstwerke an: SoVD Niedersachsen, Abt. Presse, Herschelstraße 31, 30159 Hannover, oder per E-Mail: presse@sovd-nds.de.

Berichten Sie, liebe Mitglieder, uns weiter von Ihren Projekten. Gute Beispiele machen Mut zum Mitmachen! Für Ihre Fragen stehen wir Ihnen in der Bundesgeschäftsstelle Montag bis Donnerstag von 11 bis 12 Uhr unter der Telefonnummer 030/72 62 22-199 (Elke Bröcker) zur Verfügung.

Herzlichst Ihr Kampagnenteam



Mitmenschlichkeit an die erste Stelle rücken!

Franz-Josef Welter (66) ist Botschafter des SoVD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen für die Kampagne Gut tun – tut gut. In seiner beruflichen Laufbahn hat er viele Erfahrungen gesammelt, wo Menschen Hilfe brauchen und wie man sich für andere einsetzen kann. Er war langjähriger Direktor der Josefsgesellschaft e.V. in Köln. Dort war er als Geschäftsführer des „Heinrich-Haus Neuwied“ tätig, zu dem ein Berufsbildungswerk, eine Werkstatt für behinderte Menschen, Heime, Sonderschulen, ein Internat und Reha-Dienste gehören. Er bringt auch seine Erfahrungen als ehemaliger Gemeindedirektor von Eitorf (Sieg) und als Rechtsanwalt mit sozialrechtlichem Schwerpunkt in die Kampagne ein.



Franz-Josef Welter, Kampagnenbotschafter des Landesverbandes NRW

Franz-Josef Welter ist in mehreren ehrenamtlichen Funktionen für den SoVD aktiv sowie als Vorstandsmitglied im Landesbehindertenrat Nordrhein-Westfalen, als Patientenvertreter bei der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein und als Mitglied im Beratenden Ausschuss beim Integrationsamt des Landschaftsverbandes Rheinland.

Er kennt auch die Basis des Verbandes sehr gut und weiß, was die Menschen bewegt. „Ich bin beeindruckt, was in vielen Ortsverbänden an ehrenamtlicher und mitmenschlicher Hilfe unter den Mit-

gliedern geschieht. Da ist es nur noch ein kurzer Schritt, dieses ‚Gut tun‘ allen Mitmenschen anzubieten.“

Für Franz-Josef Welter setzt die Mitwirkung in der Kampagne ein Zeichen gegen die um sich greifende Gefühlskälte. „Damit knüpfen wir an den Reichsbund an, der 1917 gegründet wurde und großartige humanitäre Leistungen – insbesondere nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg – vollbracht hat. Der Verband ist geschaffen worden, um unserer Gesellschaft ‚mehr Menschlichkeit‘ zu verleihen. Mit Gut tun – tut gut wird auf diese Ursprünge zurückgegriffen. Dafür müssen die Mitglieder unmittelbar erreicht, informiert und durch gute Beispiele ermutigt werden. Mit der Kampagne Gut tun – tut gut stellen wir unseren Verband wieder vom Kopf auf die Füße.“

Die Kampagne erinnert Franz-Josef Welter an den Volksspruch „Helfer in der Not, gehen tausend auf ein Lot“. Einer von tausend zu sein, einer, der solidarisch handelt, einer, der gut tut – in diesem Sinne unterstützt er seinen Landesverband bei der Umsetzung der Kampagne mit Rat und Tat.

Mitglieder, die Fragen haben oder Informationen zur Kampagne in Nordrhein-Westfalen haben möchten, erreichen Franz-Josef Welter über die SoVD-Landesgeschäftsstelle NRW, Erkrather Straße 343, in 40231 Düsseldorf, Tel.: 02 11 / 38 60 30.

Ich mache bereits bei der Kampagne mit

Ich möchte bei der Kampagne mitmachen

Name	Name																				
Orts-/Kreisverband*	Orts-/Kreisverband*																				
Anschrift	Anschrift																				
Telefon	Telefon																				
E-Mail*	E-Mail*																				
So TUE ich bereits GUT:	So möchte ich gern GUT TUN:																				
	<table border="1"> <tr> <td>Zeitliche Verfügbarkeit</td> <td>bis zu 30 Min.</td> <td>bis zu einer Stunde</td> <td>bis zu zwei Stunden</td> <td>mehr als zwei Stunden</td> </tr> <tr> <td>täglich</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>wöchentlich</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>monatlich</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table>	Zeitliche Verfügbarkeit	bis zu 30 Min.	bis zu einer Stunde	bis zu zwei Stunden	mehr als zwei Stunden	täglich					wöchentlich					monatlich				
Zeitliche Verfügbarkeit	bis zu 30 Min.	bis zu einer Stunde	bis zu zwei Stunden	mehr als zwei Stunden																	
täglich																					
wöchentlich																					
monatlich																					

Ich möchte regelmäßig den Kampagnen-Infobrief erhalten: per Mail per Post * falls vorhanden

Der Ortsverband des Monats April ist: Ortsverband Heide

„Nicht nur die Sozialberatung, sondern auch die Betreuung der Mitglieder ist meine Devise“, sagt Eberhard Schröder, Vorsitzender des Ortsverbandes Heide im Landesverband Schleswig-Holstein. Schröder ist seit sieben Jahren Ortsvorsitzender. Jedes Jahr konnte er 100 neue Mitglieder für die Arbeit im Sozialverband Deutschland gewinnen. Das verdankt er nicht zuletzt seinen ebenfalls ehrenamtlich aktiven Vorstandsmitgliedern. „Der Ortsverband Heide ist mit beinahe 1700 Mitgliedern der größte Ortsverband in Schleswig-Holstein. Die Mitglieder engagieren sich in vielfältiger Weise ehrenamtlich und unterstützen somit die Kampagne Gut tun – tut gut in unserem Sozialverband“, berichtet der Vorsitzende des Kreisverbandes Dithmarschen, Lothar Dufke, der auch Kampagnenbotschafter des Landesverbandes Schleswig-Holstein ist. Ein aktives Verbandsleben kennzeichnet den Ortsverband Heide.



Foto: Seehausen

Während der Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Heide, an der 150 Personen teilnahmen, wurden Kampagnen-Aufkleber Gut tun – tut gut verteilt.

Jährlich findet ein ansprechendes Veranstaltungs- und Fahrtenprogramm statt. Monatlich werden

sogenannte Klönnachmittage veranstaltet, an denen ein buntes Programm (beispielsweise Vorträge, musikalische Darbietungen, Spiele, Auftritte eines Zauberers, Kegeln) angeboten wird. An kulturellen Veranstaltungen wie dem Besuch einer Oper, eines Musicals, eines plattdeutschen Theaternachmittages nehmen die Mitglieder gemeinsam teil – getreu ihrem Motto „Gemeinsam statt einsam“. Darüber hinaus kümmern sich die Mitglieder des Ortsverbandes Heide um hilfsbedürftige, kranke und alte Menschen. Sie besuchen sie zu Hause oder im Alten- und Pflegeheim mindestens einmal im Monat. Sie bringen jedes Mal ein kleines Präsent mit, dabei darf ein Besuch und ein Geschenk anlässlich der Feiertage wie zu Weihnachten oder Ostern nicht fehlen. Die SoVD-Kampagne Gut tun – tut gut zeigt mit vielen praktischen Beispielen, dass es ganz leicht ist, für andere Menschen da zu sein und sie zu unterstützen. Schon mit kleinen Dingen, die nicht viel Zeit kosten, können Sie viel bewirken. Genau das zeigt der Ortsvorsitzende Eberhard Schröder mit seinem Team. Sie wollen den Menschen helfen, denen es nicht so gut geht.

Nachschulische Betreuung von Grundschulkindern

Im Ortsverband Sehnde begleitet Wolfgang Wrede seit zwei Jahren an zwei Tagen in der Woche die nachschulische Betreuung von Grundschulkindern ehrenamtlich.

Zehn Kinder werden regelmäßig an jedem Dienstag und Donnerstag von der Erzieherin Nathaly Fritsche, Wolfgang Wrede, Bernhard Sonar und Günter Weich im Bonhoefferhaus, in der Zeit von 12.30

bis 15.30 Uhr, betreut. Wenn die Kinder aus der Schule eingetroffen sind, wird gemeinsam zu Mittag gegessen. Im Anschluss daran werden die Schularbeiten gemacht. Wer damit fertig ist, kann nach draußen spielen gehen. Ins Leben gerufen wurde diese sinnvolle Betreuung durch Pastor Andreas Schmidt. Die Aktion wird von der Stadt Sehnde unterstützt.



SoVD-Mitglied Wolfgang Wrede unterstützt zweimal in der Woche die Betreuung von Grundschulkindern am Nachmittag.



Höhere Beiträge oder private Zusatzversicherung

Koalitionsstreit um die zukünftige Finanzierung der Pflegeversicherung

Kaum ist die Gesundheitsreform verabschiedet, bahnt sich neuer Zwist in der Regierungskoalition an. Eine längst fällige Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung droht an der Frage der Finanzierung zu scheitern: CDU-Politiker favorisieren eine private Zusatzversicherung – Sozialdemokraten tendieren zu einer Erhöhung des Beitragssatzes. Eine hitzige Kostendebatte darf nach Ansicht von SoVD-Präsident Bauer aber nicht von dem Ziel ablenken, die Situation pflegebedürftiger Menschen spürbar zu verbessern.

Ursprünglich bereits für Sommer 2006 geplant, wird die Pflegereform wohl frühestens im kommenden Jahr umgesetzt werden (die SoVD-Zeitung berichtete in der März-Ausgabe). Wie so oft wird der Stein des Anstoßes auch hier die Finanzierung sein. Nachdem Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) darauf hingewiesen hatte, dass die Reform „auch etwas kosten wird“, reagierten andere Politiker prompt mit entsprechenden Vorschlägen.

So präsentierte Bayerns Sozialministerin Christa Stewens bereits wenige Tage später ein Finanzierungskonzept, das auf eine höhere Belastung der Arbeitnehmer setzt. Eine Zusatzversicherung soll ferner gewährleisten, dass der Beitragssatz zur Pflegeversicherung auf seinem jetzigen Stand eingefroren werden kann. Hierfür müsste jeder Beschäftigte monatlich sechs Euro aufbringen. Dieser Betrag würde sich jährlich um einen Euro erhöhen.

Aus Reihen der SPD wurde einer solchen „Kopfpauschale“ umgehend eine Absage erteilt. Stattdessen erinnert man an das eigene Konzept

Union und SPD über inhaltliche Ziele der Reform durchaus einig:

- Ein Kapitalstock sowie ein Finanzausgleich zwischen gesetzlicher und

privater Pflegeversicherung sichern die Versorgung der Alten von morgen,

- Angestellte im Pflegebereich sollen besser bezahlt,
- Demenzkranke besser versorgt,
- die ambulante Pflege gestärkt und
- Pflegeleistungen „dynamisiert“ werden.

Der letzte Punkt weist auf einen Missstand hin, den auch der SoVD anprangert: Seit 1995 sind die Pflegesätze nämlich nicht mehr an die wirtschaftliche Entwicklung angepasst worden. Das bedeutet faktisch, dass ältere Menschen oder deren Angehörige schon heute immer mehr selbst bezahlen.

Gerade vor diesem Hintergrund hat SoVD-Präsident Adolf Bauer eine Trendwende gefordert – hin zu einer Pflegepolitik, die den Menschen und seinen Pflegebedarf in den Mittelpunkt stellt.



Foto: Büttner / dpa

Persönliche Zuwendung ist gerade für alte Menschen enorm wichtig. Diesen Bereich kann auch eine Pflegereform nur schwer regeln.

der „Bürgerversicherung“, das bereits die Debatte zur Gesundheitsreform bestimmt hatte. Für eine solidarische Finanzierung der Pflegeversicherung durch einkommensabhängige Beiträge sprach sich unter anderem der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach aus.

Lässt man die Finanzierungsfrage einmal außer Acht, so sind sich

Sozialrechtsschutz des Landesverbandes Schleswig-Holstein wieder erfolgreich

Erwerbsminderungsrente anerkannt

Vor zwölf Jahren wurde bei Aino F. erstmalig eine Brustkrebskrankung diagnostiziert. Lange Zeit glaubte sie, die lebensbedrohende Krankheit überwunden zu haben, doch 2004 kehrte der Krebs zurück. Die körperlichen und seelischen Belastungen sind enorm, doch Aino F. hat gelernt, dagegen anzukämpfen. Dass sie allerdings auch noch mit den Behörden um die Anerkennung einer Erwerbsminderungsrente kämpfen musste – damit hatte sie nicht gerechnet. Unterstützt wurde sie in diesem Kampf vom Sozialverband Deutschland (SoVD).

Bis zu ihrer zweiten Brustkrebskrankung arbeitete Aino F. in Vollzeit bei der Stadt Flensburg als Hauswartfrau und Reinigungskraft. Aufgrund privater Probleme musste sie die Stelle als Hauswartfrau aufgeben, und für die Tätigkeit im Reinigungsdienst, die mit großen körperlichen Anstrengungen verbunden ist, fehlte ihr nach der Entfernung von Lymphknoten in beiden Armen die nötige Kraft. In einem Gutachten bestätigte der zuständige betriebsärztliche Dienst den Verlust der körperlichen Leistungsfähigkeit und stellte fest, dass Frau F. nicht mehr als sechs Stunden pro Tag arbeitsfähig ist. Daraufhin bot ihr die Stadt Flensburg eine Halbtagsbeschäftigung als Aufsicht im Stadtmuseum an. Eine Aufgabe, die Aino F. mit Begeisterung und großem Elan bis zum heutigen Tag ausübt, auch wenn sie der Dienst – insbesondere während der Sechs-Stunden-Schicht, die sie alle 14 Tage am Wochenende leisten muss – bis an den Rand der körperlichen Erschöpfung führt.

Auf der Grundlage des genannten Gutachtens beantragte Aino F. eine Erwerbsminderungsrente bei der Landesversicherungsanstalt (LVA; heute: Deutsche Rentenversicherung). Die LVA lehnte den Antrag mit der Begründung ab, dass Frau F. anders als im betriebsärztlichen Gut-

achten festgestellt, mehr als sechs Stunden täglich arbeiten könne – eine nicht nachvollziehbare und für Aino F. sehr enttäuschende Entscheidung. Hilfe suchend wandte sie sich an die SoVD-Geschäftsstelle. Die Kreisgeschäftsführerin Renate Martensen legte am 29. März 2006 Widerspruch gegen den Bescheid der LVA ein. In der Widerspruchsschrift stellte sie die Folgen der Erkrankung

Wir haben geholfen!

nochmals dar und begründete stichhaltig, warum Frau F. lediglich ein Leistungsvermögen für drei bis sechs Stunden pro Tag aufweist. Zitat: „Es bleibt die Frage, welche Tätigkeiten auf dem Arbeitsmarkt Frau F. ausüben soll. Es wird sicher auch von Ihnen nicht in Abrede gestellt, dass der jetzige Arbeitsplatz von Frau F. leichte Tätigkeiten beinhaltet. Selbst diese Arbeit kann sie keine sechs und mehr Stunden am Tag ausführen. Deshalb ist Frau F. teilweise erwerbsgemindert. Wir bitten um Überprüfung und Abhilfe.“

Der Widerspruch war erfolgreich.

Am 3. Juli 2006, ausgerechnet an ihrem Geburtstag, erhielt Aino F. von der LVA die Nachricht, dass ihrem Antrag auf Erwerbsminderungsrente stattgegeben wurde.

Dieser Fall ist beispielhaft für die Arbeit des Sozialverband Deutschland. Allein in Schleswig-Holstein hat der SoVD im Zeitraum zwischen Oktober 2004 und September 2005 6800 Rechtsverfahren geführt und rund 7 Millionen Euro für seine Mitglieder erstritten. Der Verband ist eine starke Gemeinschaft mit bundesweit rund 500 000 Mitgliedern. Ein dichtes Netz von 3500 Ortsverbänden sowie etwa 20 000 haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern garantiert den Mitgliedern eine fundierte Betreuung vor Ort.

Der Verband fühlt sich den Idealen gesellschaftlicher Solidarität und sozialer Gerechtigkeit verpflichtet: Jeder Mensch hat das Recht auf ein Leben in Würde – unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Krankheit oder sozialem Status. Voraussetzung dafür ist ein Leben in sozialer Sicherheit. Seit fast neun Jahrzehnten versteht sich der Sozialverband Deutschland daher als Ansprechpartner und Anwalt sozial benachteiligter und von gesellschaftlicher Ausgrenzung bedrohter Menschen.

Mitglieder werben Mitglieder – ein mitgliederstarker Sozialverband erreicht mehr! Beitrittserklärung

(Bitte in Blockschrift ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen und per Post senden an: Sozialverband Deutschland e. V., Bundesverband, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin)

Name Vorname

Straße PLZ

Telefon Ort

Geburtsdatum E-Mail

SoVD Ortsverband Eintritt in den SoVD am

Senden Sie mir die Mitgliederzeitung zu, durch:

Ortsverband Postversand

Monatsbeitrag:

Einzelbeitrag 5,00 Euro Partnerbeitrag 7,15 Euro

Familienbeitrag 9,00 Euro

Der Mitgliedsbeitrag ist steuerlich absetzbar.

Einzugsermächtigung:

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass der Sozialverband Deutschland die laufenden Beiträge an dem jeweiligen Fälligkeitstermin zu Lasten meines Kontos bis auf Widerruf abbucht.

Abruf:

1/4-jährlich

1/2-jährlich

jährlich

ab KontoinhaberIn

Konto BLZ

Geldinstitut

Der Sozialverband Deutschland hat für seine Mitglieder einen Gruppenversicherungsvertrag abgeschlossen. Um die Vergünstigung des Gruppenversicherungsvertrages zu erhalten, bin ich damit einverstanden, dass hierfür mein Name, mein Geburtsjahr und die Anschrift an den Versicherer weitergegeben werden.

nein

ja

Ich bin einverstanden, dass mein Name, Geburts- und Eintrittsdatum in Publikationen des SoVD aus Anlass meines Geburtstages und der Dauer meiner Mitgliedschaft veröffentlicht werden.

nein

ja

Ort, Datum

Unterschrift

Die Kündigung der Mitgliedschaft ist nur mit einer Frist von drei Monaten zum Schluss eines Kalenderjahres möglich.

Geworben durch:

Bitte ausfüllen bei Partner- oder Familienbeitrag:

Name 1 Name und Geburtsdatum

Straße 2 Name und Geburtsdatum

PLZ, Ort 3 Name und Geburtsdatum

SoVD Ortsverband 4 Name und Geburtsdatum

Unterschrift (Bei einer Partnermitgliedschaft Unterschrift des Partners)

Jeder kennt einen, der zu uns gehört!

SoVD-Interview mit dem früheren CDU-Generalsekretär Dr. Heiner Geißler

„Die Rente mit 67 macht nur dann einen Sinn, wenn auch die Arbeitsplätze vorhanden sind.“

Sozialpolitische Themen wie die Gesundheitsreform, die Rente mit 67, werden zurzeit brandheiß diskutiert. Aus diesem Anlass hat die SoVD-Redaktion den langjährigen CDU-Generalsekretär und ehemaligen Bundesminister, Dr. Heiner Geißler, gebeten, dazu Stellung zu nehmen.

Herr Dr. Geißler, Sie waren fast Ihr ganzes Leben in der Politik aktiv. Was machen Sie heute?

Ich bin nach wie vor publizistisch tätig. Ich schreibe Bücher, halte Vorträge und Vorlesungen und schreibe Artikel. Das ist auch richtig so, denn erstens muss man in der heutigen Zeit deutlich seine Meinung zur Sozialpolitik sagen und zweitens ist man dadurch immer in der Lage, sich zu artikulieren und sich zu Wort zu melden. Man zählt sich selber nicht zum alten Eisen.

Die neue Gesundheitsreform tritt am 1. April in Kraft. Hätte es das früher mit Ihrer CDU auch gegeben? Was denken Sie über die Gesundheitsreform?

Ich glaube, dass die Gesundheitsreform nicht die letzte Reform ist. Denn diese Reform ist ein Kompromiss zwischen zwei unterschiedlichen Konzeptionen, der Bürgerversicherung und der Gesundheitsprämie oder Kopfpauschale. Beides geht eben nicht zusammen. Deswegen ist die Gesundheitsreform nur eine vorläufige Lösung. Und die endgültige Lösung muss im Laufe der nächsten Jahre gefunden werden. Das ist auch nicht schlimm, denn das Kapitel ist so wichtig, dass es nicht auf ein oder zwei Jahre ankommt.

Der SoVD fordert die Große Koalition ganz konkret auf, den Ge-

sundheitsfonds zu stoppen. Wie sehen Sie das?

Den Gesundheitsfonds kann man jetzt nicht mehr stoppen, da er verabschiedet ist. Jetzt muss man sehen, wie sich das auswirkt. Und nach einem Jahr muss man eine Bilanz ziehen.

Das heißt dann eine Reform der Reform der Reform?

Die kommt mit Sicherheit. Wobei ich hinzufügen muss, bei der Reform der Reform muss klargestellt werden: Mittlerweile ist die Praxis eingerissen, dass Kassenpatienten länger auf einen dringenden Arzttermin warten müssen. Sie werden nicht mehr so gut betreut und versorgt, wie das eigentlich vom Gesetzgeber gewünscht wird. Diese negative Entwicklung zu einer Zweiklassenmedizin muss beseitigt werden.

Die Rente mit 67 bedeutet faktisch eine Rentenkürzung. Was würden Sie älteren Menschen sagen, die arbeiten möchten, aber arbeitslos sind?

Wenn die Arbeitsmarktsituation so bleibt, das heißt in den Jahren genau so ist, in denen die Rente mit 67 sich voll auswirkt – das ist allerdings erst in 20 Jahren der Fall – dann ist die Rente mit 67 natürlich ein schwerer Fehler. Es kann nicht angehen, dass Leute, die 63 oder 64 Jahre alt sind – um ein Beispiel zu nennen – arbeitslos werden und dann noch vier Jahre warten müssen, bis sie die Rente bekommen. Nach einem Jahr werden sie Hartz-IV-Empfänger und müssen kurz vor ihrer Pensionierung möglicherweise ihre ganzen Ersparnisse mit wenigen Ausnahmen wieder aufgeben und sich verrechnen lassen. Eine solche Entwicklung darf es natürlich nicht ge-

ben. Die Rente mit 67 macht nur dann einen Sinn, wenn auch die Arbeitsplätze vorhanden sind.

Die Pflegeversicherung soll im kommenden Jahr reformiert werden. Was muss Ihrer Meinung nach die Reform bringen?

Die Reform muss ermöglichen, dass die Pflegeversicherung mehr Geld bekommt, als sie bisher hat. Denn ein paar Reformen, die Geld kosten, sind dringend notwendig. Erstens gehört dazu, dass der Begriff der Pflegebedürftigkeit neu gefasst wird. Die Demenzzkranken müssen mit einbezogen werden, aber auch Menschen mit anderen Behinderungen und Schwierigkeiten. Man spricht hier auch von einer Pflegestufe Null.

Zweitens muss die Zeit viel besser berücksichtigt werden, die notwendig ist, um zum Beispiel die zu Pflegenden zu beraten. Die Zeit, in der die Arbeit verrichtet wird, muss anders bewertet werden.

Drittens müssen die Leistungen dynamisiert werden. Deswegen sind alle Nullsummenspiele, die gedacht werden von Leuten, die nur fiskalisch denken, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Und die Pflegeversicherung wird immer wichtiger, weil es natürlich auch immer mehr ältere Menschen gibt, die pflegebedürftig werden. Infolgedessen muss die Pflegeversicherung bald sicherstellen, dass die notwendigen Verbesserungen auch finanziert werden.

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula von der Leyen (CDU), hat vorge schlagen, die Betreuung von Kleinkindern auszubauen. Die SPD hat daraufhin ein Finanzierungskonzept vorgelegt. Was sagen Sie zu dem

Dr. Heiner Geißler, geb. am 3. März 1930, katholisch, verheiratet, 3 Kinder; Studium der Philosophie, dann Studium der Rechtswissenschaft in München und Tübingen, Promotion 1960 an der Universität Tübingen, 1961 zweites juristisches Staatsexamen.

Beginn der beruflichen Tätigkeit zunächst als Richter, dann als Leiter des Ministerbüros des Arbeits- und Sozialministers von Baden-Württemberg. 1965 erstes Mandat für den Deutschen Bundestag. 1967 Minister für Soziales, Jugend, Gesundheit und Sport des Landes Rheinland-Pfalz; 1982 bis 1985 Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit; 1977 bis 1989 Generalsekretär der CDU; 1989 bis 2000 Mitglied des Bundesvorstandes der CDU; 1991 bis 1998 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestags-



fraktion. Bis 2002 Bundestagsabgeordneter der Südpfalz und Mitglied des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe und des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages.

Dr. Heiner Geißler ist Vorsitzender des Kuratoriums Sport und Natur, Gleitschirmflieger, Bergsteiger und Kletterer, seit 2002 Vorsitzender der Aktion Courage.

Konzept der SPD?

Das Konzept ist vom Prinzip her falsch. Man kann die notwendigen Kinderbetreuungsplätze nicht dadurch finanzieren, dass man den Familien wieder etwas wegnimmt. Richtig ist der Gedanke, der aber uralte und sehr schwer zu verwirklichen ist, dass man vom reinen Ehegattensplitting wekommt hin zu einem Familiensplitting. Denn es ist in der Tat nicht einzusehen, dass die Ehe als solche, auch wenn gar keine Kinder da sind und auch nie Kinder da gewesen sind, steuerlich privilegiert werden soll. Wir haben ein Interesse daran, auch im Sinne des Wirtschaftswachstums, dass die Familie gefördert wird. Deswegen ist der Gedanke eines Familiensplittings im Steuerrecht absolut richtig.

Dass man das Kindergeld kürzt, um die Kinderbetreuungsplätze zu finanzieren, ist natürlich absolut falsch – aus den genannten Gründen. Man sollte vielmehr überlegen, ob es zum Beispiel richtig ist, dass wir über die Riester-Rente nach wie vor für Einkommensstarke das Alterssparen steuerlich subventionieren, obwohl wir heute schon das größte Sparvolumen aller OECD-Länder haben. Die Milliarden, die hier eingespart werden können, indem man diese Steuersubventionierung für gut verdienende Leute beseitigt, könnten dann viel besser in die Bildung, in die Erziehung und damit eben auch in die Kleinkindbetreuung investiert werden.

Das Interview führte Dr. Simone Real

Gesundheitsreform bringt vom 1. April an neue Wahltarife

Krankenversicherung: Wer durchblickt, kann sparen

Seit dem 1. April 2007 bieten die Krankenkassen ihren Versicherten Wahltarife an. Entsprechend den individuellen Bedürfnissen können Pflichtversicherte und freiwillig Versicherte Tarife wählen und kombinieren, die zu einer Beitragseinsparung führen können. Der Haken: Der Versicherte ist drei Jahre an die Kasse gebunden, auch wenn der Beitrag steigt.

Kassenpatienten können seit dem 1. April Geld sparen – bis zu 900 Euro im Jahr. Denn von da an dürfen die Kassen Wahltarife anbieten – und zwar nicht nur wie bisher für freiwillig, sondern auch für Pflichtversicherte. Alle Krankenkassen arbeiten mit Hochdruck an den neuen Wahltarifen.

Auf Anfrage der SoVD-Redaktion kündigten alle großen Krankenkassen die Einführung von Spartarifen an. „Wir sind dabei, eine gründliche Kalkulation aufzustellen“, sagte beispielsweise Christine Richter, zuständig für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei der BKK. „Wir rechnen damit, dass wir im Frühjahr Empfehlungen an unsere Versicherten geben werden.“ Für die BKK gilt Gründlichkeit vor Schnelligkeit; wegen der dreijährigen Bindungsfrist. Die BKK möchte eine solide Information zur Kombination der Wahltarife geben, wenn die Versicherten ihre Beitragssätze minimieren möchten. Bei der DAK wird es rund 20 Wahltarife geben, so der Pressesprecher Rüdiger Scharf. „Dazu

gehören Tarife mit privaten Partnerunternehmen wie der Hanse-Merkur-Versicherung, nach Einkommen gestaffelte Selbstbehalttarife und günstige Selbstbehalttarife.“ Barmer-Sprecher Thorsten Jakob sagte: „Die Barmer geht mit mindestens 18 Tarifen an den Start. Für jeden soll etwas dabei sein.“ Die Barmer bietet Tarife für besondere Versorgungsformen (chronisch Kranke) an, für gesundheitsbewusstes Verhalten und Tarife für Kostenbewusste.

Künftig haben die Versicherten damit praktisch die Wahl zwischen den leistungsfähigsten Krankenkassen, den günstigsten Tarifen, der besten Versorgung und verschiedenen Behandlungsmodellen.

Die Krankenkassen müssen auf der einen Seite Tarife für die Teilnahme der Versicherten an folgenden besonderen Versorgungsformen anbieten: integrierte Versorgung, besondere ambulante ärztliche Versorgung, strukturierte Behandlungsprogramme bei chronischen Krankheiten, Modellvorhaben und haus-

arztzentrierte Versorgung.

Die Krankenkasse kann in diesen „Musstarifen“ festlegen, dass die Versicherten entweder eine Prämienzahlung oder Zuzahlungsermäßigungen für die Teilnahme erhalten. Eine gesetzliche Mindestbindungsfrist für solche Tarife ist nicht vorgesehen. Ein Beispiel: Der chronisch kranke Rentner nimmt an einem strukturierten Behandlungsprogramm seiner Krankenkasse für Diabetes teil. Seine Kasse bietet ihm einen Wahltarif an, der eine Prämienzahlung von 200 Euro vorsieht. Versicherte, für die die Krankenversicherungsbeiträge vollständig von Dritten getragen werden (zum Beispiel Bezieher von Arbeitslosengeld I und II) können nur aus diesen Wahltarifen wählen!

Auf der anderen Seite können die Krankenkassen folgende vier Tarife anbieten:

Selbstbehalt: Wer diesen Tarif wählt, verpflichtet sich, einen Teil der Arzt-, Arznei- und Klinikkosten selbst zu tragen. Im Gegenzug erhält

Fortsetzung auf Seite 6

Treffen mit Peter Weiß, rentenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Am 28. Februar trafen sich SoVD-Präsident Adolf Bauer und der rentenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Peter Weiß zu einem rentenpolitischen Gedankenaustausch. Das Gespräch fand in den Büroräumen des Abgeordneten im Deutschen Bundestag statt. Gesprächsschwerpunkt war unter anderem die Rente mit 67. SoVD-Präsident Adolf Bauer bekräftigte die Kritik des SoVD an der Rente mit 67. Die Rente mit 67 sei weder arbeitsmarktpolitisch noch sozialpolitisch vertretbar. Ferner stellte Adolf Bauer das gemeinsame Konzept von SoVD, DGB und der Volkssolidarität für eine Erwerbstätigenversicherung vor. Das Gespräch fand in einer sehr offenen Atmosphäre statt. Beide Gesprächspartner waren sich einig, den Gedankenaustausch zu aktuellen rentenpolitischen Fragen fortzusetzen.



Foto: Muhrbeck

SoVD-Präsident Adolf Bauer (re.) sprach mit dem rentenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Peter Weiß.

Großelterndienst vermittelt Ehrenamtliche

„Hallo – ich habe eine Oma für Sie!“

So oder ähnlich könnte es klingen, wenn sich die Leiterin des Berliner Großelterndienstes, Helga Krull, bei einem „Kunden“ meldet. Seit 1989 vermittelt die Initiative Senioren an Familien oder Alleinerziehende als Ersatz-Großeltern. Die Kinder bekommen dadurch eine Wunschoma oder einen zusätzlichen Opa und auch den Senioren ist geholfen: Ihr wöchentlicher Besuch wird sehnsüchtig erwartet und die Kinder geben ihnen somit das Gefühl, weiterhin gebraucht zu werden.

Das Gefühl werden vermutlich viele kennen: Die eigenen Kinder sind längst aus dem Haus und womöglich so weit weggezogen, dass man auch die Enkelkinder nur selten zu Gesicht bekommt. Dabei ist es gerade für Kinder wichtig, eine ältere Bezugsperson zu haben, die ihnen zusätzliche Erfahrungen und Perspektiven vermitteln kann oder die eben einfach „Oma“ oder „Opa“ für sie ist.

Dieses Defizit hat der Berliner Frauenbund bereits vor 18 Jahren

noch einmal Großmutter zu werden – das ist befriedigend und anstrengend zugleich. Cornelia Ahmed kann das bestätigen. Die 58-Jährige hat lange Zeit mit alten Menschen gearbeitet. Wenn sie ihre neue Aufgabe beschreibt, klingt das fast nach Therapie: „Das Lachen der Kinder hilft mir über vieles hinweg – man wird durch sie mehr gefordert als man es aufgrund der eigenen Bequemlichkeit sonst zulassen würde.“

So wie sie sehen es viele Seniorinnen, die sich über den Großeltern-

macht nunmal keinen Sinn, dass die Oma erst durch die ganze Stadt fahren muss, wenn sie sich mit ihrem Enkel treffen möchte. Stimmen die Rahmenbedingungen, kommt es zu einem ersten Treffen mit den Eltern – das Kind ist hier noch nicht dabei. Helga Krull erklärt, warum: „Die Mutter vertraut anderen Menschen das Wertvollste an, das sie hat. Das heißt, da muss ganz viel Vertrauen bestehen und die Basis dafür ist zunächst einmal Sympathie.“

Umgekehrt wollen natürlich auch die neuen Großeltern das Gefühl haben, dass ihr Einsatz von den Eltern gewürdigt wird – schließlich soll ihnen und vor allem dem Kind die gemeinsame Zeit ja Spaß machen. Unterstützung erhalten die Ersatzomas und -opas auch vom Großelterndienst: Weiterbildungen und monatliche Treffen geben ihnen die nötige Sicherheit für ihre verantwortungsvolle Aufgabe.

Die Motive der Ehrenamtlichen, sich um ein Enkelkind zu bewerben, sind ähnlich. Inge Sturm, eine der Wunschomas, spricht es ganz offen aus: „Ich war viel allein – irgendwas wollte ich machen.“ Als Rentnerin ist die 66-Jährige aus Wuppertal nach Berlin gezogen. Vor zwei Jahren hat sie sich beim Großelterndienst vorgestellt und tatsächlich schon kurz darauf „ein Kind bekommen“. Dessen leibliche Großeltern wohnten weit weg in Bayern, und so war sie halt die „Oma Inge“.

Auch Ingeborg Katzy engagiert sich in ihrer freien Zeit ehrenamtlich als Großmutter. Für sie stehen ebenfalls soziale Aspekte im Mittelpunkt: „Man muss Kontakte knüpfen, damit man nicht in ein Loch fällt. So trifft man andere Menschen, unter-



Foto: Reinhard / Geduldig

*Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern im Namen des Bundesvorstandes ein schönes Osterfest!
Adolf Bauer, SoVD-Präsident*



Foto: Redaktion

Die Chemie zwischen Oma und Enkel muss stimmen – Inge Sturm (li.) und Helga Krull sichten die neu eingegangene Bewerbung einer Familie.

erkannt und als Ergebnis den Großelterndienst ins Leben gerufen. Geplant als Betreuungshilfe für alleinerziehende Mütter stand von Anfang an auch die soziale Komponente eines solchen Ehrenamtes im Mittelpunkt. Aus dem Ruhestand heraus

dienst als Wunschoma anbieten. Bei der Leiterin, Helga Krull, laufen alle Fäden zusammen. Sie sichtet die Bewerbungen von Familien und führt sie mit den potentiellen Großeltern zusammen. Ein Kriterium ist zunächst die räumliche Nähe. Es

hält sich und lernt sich kennen.“

Dass sich daraus unter Umständen sogar etwas Familienähnliches entwickeln kann, davon weiß Helga Krull zu berichten. Die Leiterin des Großelterndienstes hat noch heute Kontakt zu einem Paar, das bereits seit 1991 ehrenamtlich Kinder betreut. Einer der Wunschenkel, mittlerweile volljährig, lud Oma und Opa erst kürzlich zu sich ein, um ihnen – wie sich das gehört – seine neue Freundin vorzustellen.

Derartige, langjährig gewachsene Beziehungen sind freilich nicht unbedingt die Regel. Im Alltag können bereits einzelne Momente Freude bereiten – zum Beispiel, wenn die Kinder beim Vorlesen Nähe suchen und sich anuscheln. Auch Cornelia Ahmed hat derartige Kleinigkeiten schätzen gelernt. Etwa wenn sie ihren Wunschenkel vom Kindergarten abholt und die anderen Kinder bereits rufen hört: „Thomas, deine Oma kommt!“ *jb*

Großeltern gesucht

Der Großelterndienst des Berliner Frauenbundes 1945 e.V. ist eine von vielen Initiativen, die sich für die ehrenamtliche Betreuung von Kindern engagiert. Die nötigen Kontaktdaten finden Sie im Internet unter www.grosselterndienst.de.

Falls Sie wissen möchten, ob es auch in Ihrer Stadt oder Gemeinde ein ähnliches Angebot gibt, kann Ihnen vermutlich der Förderverein Patenschaften-Aktiv e.V. helfen. Unter www.patenschaften-aktiv.de werden hier deutschlandweit lokale Projekte aufgelistet.

Anzeige

Lifta, der Treppenlift



Jetzt auch zur Miete

- ▶ Geprüfte Beratungs- und Servicequalität
- ▶ Lifta passt praktisch überall
- ▶ Wird einfach auf der Treppe aufgestellt
- ▶ Kurze Lieferzeiten, Einbau sofort
- ▶ Über 60.000 verkaufte Liftas
- ▶ Sehr hohe Kundenzufriedenheit
- ▶ Eigener Kundendienst bundesweit
- ▶ 365 Tage für Sie erreichbar

Rufen Sie uns kostenlos an.
☎ 0800-22 44 66 1
Internet: www.lifta.de



Der Treppenlift

GUTSCHEIN

Ja, schicken Sie mir meinen Prospekt – kostenlos und unverbindlich.

Name/Vorname _____

Straße/Inr. _____

PLZ/Ort _____ Tel.-Nr. _____

Lifta GmbH, Abt. SOV 16, Horbeller Straße 33, 50858 Köln

Fortsetzung von Seite 5

Krankenversicherung: Wer durchblickt ...

das Mitglied eine im Wahltarif vereinbarte Prämie von seiner Krankenkasse. Ein Beispiel: Ein sportlich aktiver Mensch wählt bei seiner Kasse einen Selbstbehalttarif, bei dem er im Krankheitsfall die ersten 100 Euro selbst aufbringen muss. Die Kasse zahlt jährlich eine Prämie von 400 Euro. Der Tarif lohnt sich also für sportliche, gesunde Menschen, die geringe Behandlungskosten erwarten und mit einem kleinen Finanzrisiko leben können.

Beitragsersatzung: Das Mitglied und seine Familienversicherten nehmen ein Jahr lang keine Leistungen der Krankenkasse in Anspruch. Vorsorgeuntersuchungen sind davon ausgenommen. Wer also kleinere Krankheiten zu Hause auskuriert und nur im Notfall zum Arzt geht, kann maximal einen Monatsbeitrag als Prämie erstattet bekommen. Müssen die Mitglieder doch zum Hausarzt, erhalten sie kein Geld zurück. Der Tarif ist vor allem für die Menschen attraktiv, die gesund sind und gut verdienen. Er ist weniger riskant als der Selbstbehalttarif.

Selbstbehalt und Beitragsrückgewähr sind also für junge, gesunde Mitglieder mit höherem Einkommen günstig, da diese einen finanziellen Vorteil versprechen. Für Ältere oder chronisch Kranke ist dieser Tarif

nicht geeignet.

Kostenerstattung: Dieses Angebot richtet sich an gesetzlich Versicherte, die Leistungen wie privat Versicherte in Anspruch nehmen wollen. Der Versicherte oder ein Familienmitglied bezahlt eine bestimmte Behandlung selbst und reicht die Rechnung dann bei seiner Kasse ein. Diese erstattet allerdings nur einen Teil der Kosten. Anders als heute kann der Versicherte die Kostenerstattung nur für Teilbereiche, wie für den Zahnarzt, wählen, sich in der Klinik aber weiter auf Chipkarte behandeln lassen. Gegebenenfalls höhere Vergütungen für die privatärztliche Leistung übernimmt die Kasse nicht. Für die Bearbeitung der Rechnung wird eine Gebühr fällig.

Alternative Arzneimittel: Seit einigen Jahren übernehmen Kassen keine homöopathischen oder an-

throposophischen Arzneien mehr. Wer sich künftig für den Wahltarif der sogenannten besonderen Therapierichtungen entscheidet, bekommt die alternative Arznei wieder bezahlt. Für den Tarif zahlt der Versicherte eine Prämie.



Foto: Pfeiffer / dpa

Seit dem 1. April bieten die Krankenkassen Wahltarife an, die man auch kombinieren kann.

Für alle Tarife, die die Krankenkassen freiwillig anbieten können, gilt eine Mindestbindungsfrist von drei Jahren. Das bedeutet für die Versicherten, dass sie sich für diesen Zeitraum auf einen bestimmten Tarif festlegen. Die Krankenkasse kann

vor Ablauf dieser Zeit auch nur in Härtefällen gewechselt werden.

Die Selbstbehalttarife könnten viele Patienten dazu verleiten, Krankheiten zunächst zu Hause auszukurieren und erst dann die Arztpraxis aufzusuchen, wenn es partout nicht anders geht. Andersherum: Patienten, deren Behandlungskosten den Selbstbehalt überschreiten, dürften den Arzt dann häufiger aufsuchen. Diese Tendenz, die sich alles in allem schon bei der Praxisgebühr abgezeichnet hat, dürfte durch die Wahltarife noch verstärkt werden.

Unser Tipp: Prüfen Sie das Angebot Ihrer Krankenkasse genau! Stellen Sie die Fragen: Welche Tarifangebote macht mir meine Krankenkasse? Welche Tarife passen zu mir? Informieren Sie sich auch über die Angebote anderer Krankenkassen. Wahltarife sind nicht für jeden zu empfehlen. Seien Sie kritisch im Umgang mit den neuen Spartarifen. Treffen Sie keine übereilten Entscheidungen! Ganz so lukrativ werden die Tarife für alle Versicherten möglicherweise nicht aussehen. Denn der Gesetzgeber hat die Kassen verpflichtet, die Tarife so zu kalkulieren, dass sie sich selbst tragen. Am Ende dürfen nicht die Kranken die Beitragsermäßigung für die Gesunden finanzieren. *sr*

Rente wegen Erwerbsminderung – Teil 2

Wenn es auch für sechs Stunden am Tag nicht mehr geht

Die Erwerbsminderungsrente ist ein kompliziertes, facettenreiches Thema, zu dem es viel Informationsbedarf gibt. In der März-Ausgabe der SoVD-Zeitung haben wir den ersten Teil eines Hintergrundberichtes zum Thema abgedruckt. Hier folgt nun der zweite und letzte Teil.

Erwerbsminderungsrente – Rente mit Abschlägen

Wer vor dem 63. Geburtstag eine Erwerbsminderungsrente bezieht, der erhält auch ohne zusätzliches Arbeitseinkommen nur eine geminderte Rente. Dieser „Rentenabschlag“ soll ein Ausgleich für den frühzeitigen Rentenbezug sein. Außerdem soll erreicht werden, dass Rentenversicherte in vorgeschrittenem Alter, die die vorzeitige Altersrente ja im Regelfall nur noch mit Abschlägen beziehen können, nicht in eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit „ausweichen“. Der Rentenab-



Foto: Veer

Ein Leben im Rollstuhl ist mit vielen Einschränkungen verbunden, manchmal auch mit Erwerbsminderung. Nützliche Informationen zur Erwerbsminderungsrente erfahren Betroffene in unserem Zweiteiler zum Thema.

schlag beträgt 0,3 Prozent für jeden Monat, den die Rente vor dem 63. Lebensjahr beginnt. Es können aber maximal 10,8 Prozent Abschläge anfallen.

Wie in den vergangenen Ausgaben der SoVD-Zeitung wiederholt und ausführlich berichtet, hatte das Bundessozialgericht am 16. Mai 2006 in dem Fall eines SoVD-Mitglieds entschieden, dass bei Erwerbsminderungsrenten, die vor Vollendung des 60. Lebensjahres in Anspruch genommen werden, die Kürzung unzulässig ist (AZ: B 4 RA 22/05 R). Dies heißt, dass eine beispielsweise mit 57 Jahren in Anspruch genommene Erwerbsminderungsrente zunächst abschlagsfrei gezahlt werden müsste. Erst wenn der 60. Geburtstag erreicht ist, würde sich dann die Rente um 10,8 Prozent (36 Monate à 0,3 Prozent) mindern.

Bekanntermaßen ist die Deutsche Rentenversicherung jedoch nicht bereit, dieses Urteil in die Tat umzusetzen. Die Verantwortlichen halten die Auslegung der Kasseler Richter für falsch und kürzen die Erwerbsminderungsrente weiterhin schon vor Vollendung des 60. Lebensjahres.

Über den heftigen Protest des SoVD hiergegen und die rechtlichen

Möglichkeiten, die sich für den einzelnen Betroffenen ergeben, haben wir bereits eingehend berichtet. An dieser Stelle wollen wir daher nur kurz zusammenfassen, was zu tun ist: Derjenige, der das 60. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und dessen Erwerbsminderungsrente erst jetzt beginnt, sollte vorsorglich innerhalb der einmonatigen Frist unter Hinweis auf das oben genannte Urteil des Bundessozialgerichtes Widerspruch gegen seinen Rentenbescheid einlegen. Bezieht jemand, der noch keine 60 Jahre alt ist, hingegen bereits Erwerbsminderungsrente, ist die Widerspruchsfrist in der Regel bereits abgelaufen. Hier kommt nur noch ein sogenannter Überprüfungsantrag in Betracht, der aber aufgrund einer gesetzlichen Neuregelung (vgl. rechts stehenden Kasten „Kein Anspruch auf Rentennachzahlung“) aller Voraussicht nach nicht mehr zu Nachzahlungen für die Vergangenheit führen wird.

Um dem Einzelnen den zeitraubenden Weg durch die Instanzen zu ersparen und überdies eine Flut von Klageverfahren zu verhindern, wird die Rentenversicherung in der Regel von sich aus anbieten, das aufgrund des Widerspruchs oder des Über-

prüfungsantrages eingeleitete Verfahren „ruhen“ zu lassen, bis in Kassel erneut in dieser Angelegenheit entschieden wird. Insoweit hat sich – wie berichtet – der SoVD mit der Deutschen Rentenversicherung Bund auf die Durchführung von sogenannten Musterverfahren geeinigt. Mit einer neuen Entscheidung ist aber wohl frühestens im nächsten Jahr zu rechnen.

Zunächst eine Rente „auf Zeit“

Eine Erwerbsminderungsrente wird grundsätzlich nicht auf Dauer, sondern zunächst befristet („auf Zeit“) zugewilligt. Ausnahme (wiesicher oft bei einer Zubilligung wegen einer Krebserkrankung): Es ist unwahrscheinlich, dass der Gesundheitszustand soweit wieder herge-

stellt werden kann, dass in absehbarer Zeit mit der Einstellung der Rentenzahlung gerechnet werden kann.

Zweite Regel: Befristete Renten beginnen frühestens mit dem siebten Kalendermonat nach dem Eintritt der Erwerbsminderung (vorher dürfte normalerweise Anspruch auf Krankengeld bestehen). Innerhalb dieser sieben Monate sollte der Rentenanspruch eingereicht sein (worauf bereits die Krankenkasse achten wird, die ein Interesse daran hat, dass der Krankengeldbezug endet). Nach Ablauf des Bewilligungszeitraums einer befristeten Rente kommt – auf Antrag – ein neuer Rentenbescheid, der wieder befristet (oder gegebenenfalls diesmal unbefristet) ist. *W.B./hb*

Klarstellung

In Teil 1 des Berichtes über die Erwerbsminderungsrente und ihre Voraussetzungen (März-Ausgabe der SoVD-Zeitung, Seite 8) wurde die Berufsunfähigkeitsrente erwähnt. Im Zusammenhang mit dieser ist es zu mehreren Rückfragen gekommen, weshalb wir an dieser Stelle folgende ergänzende Hinweise geben möchten: Nur derjenige Berufsunfähigkeitsrentner, dessen Rente noch nach dem früheren, bis Ende 2000 geltenden Recht bewilligt worden ist, erhält diese in Höhe von 2/3 der Vollrente. Soweit jemand eine sogenannte Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei Berufsunfähigkeit nach dem seit Anfang 2001 geltenden Recht erhält, bekommt er sie lediglich in Höhe von 50 Prozent der Rente wegen voller Erwerbsminderung.

§ 100 Abs. 4 SGB VI tritt zum 1. Mai in Kraft
Eingeschränkter Anspruch auf Rentennachzahlung

Wie bereits berichtet, hat der Gesetzgeber eine Neuregelung geschaffen, mit der Rentennachzahlungen künftig erschwert werden, wenn ein fehlerhafter Rentenbescheid ganz oder teilweise zurückgenommen wird. Nach jetziger Rechtslage kann es in solchen Fällen Nachzahlungen von bis zu vier Jahren geben. Trotz heftigen Protestes des SoVD wird § 100 Abs. 4 SGB VI aller Voraussicht nach zum 1. Mai in Kraft treten. Wird dann ein fehlerhafter Rentenbescheid vom Rentenversicherungsträger zurückgenommen, weil die Gerichte in ständiger Rechtsprechung festgestellt haben, dass eine Vorgehensweise der Rentenversicherung rechtswidrig ist, wird die Rücknahme des Rentenbescheids keine Wirkung für die Vergangenheit mehr haben, wenn der Rentenbescheid bereits unanfechtbar geworden ist. Ein Rentenbescheid wird unanfechtbar, wenn er nicht von Beginn an mit den Rechtsmitteln des Widerspruchs und der Klage angefochten wird. Die Unanfechtbarkeit kann auch nicht durch die Stellung eines sogenannten Überprüfungsantrags aufgehoben werden. Dies bedeutet beispielsweise, dass Überprüfungsanträge, die aufgrund des Urteils des Bundessozialgerichtes (BSG) vom 16. Mai 2006 (Keine Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten vor Vollendung des 60. Lebensjahres) gestellt wurden, auch im Falle der Bestätigung des Urteils durch einen anderen Senat des BSG nicht zu einer Nachzahlung führen werden – sondern lediglich zu einer Abschlagsfreiheit in der Zukunft. Wir raten daher noch einmal allen neuen Beziehern einer Erwerbsminderungsrente unter 60 Jahren, gegen den Rentenbescheid vorsorglich Widerspruch innerhalb der einmonatigen Frist einzulegen. Nur so können sich Erwerbsminderungsrentner eine eventuelle Nachzahlung ab Zeitpunkt des Rentenbeginns sichern. *sh*

Von Elisabeth Wohler, Mitglied im Ausschuss für Frauenpolitik des Bundesverbandes und Frauensprecherin des Landesverbandes Niedersachsen

„Weibliche Lebenswelten – Weibliche Gesundheit“
Fachtagung am 19. April in Hannover

Noch immer ist der Irrglaube unter den Frauen weit verbreitet, dass Herzinfarkte Männersache sind. Die Folge: Symptome werden häufig nicht ernst genommen, die Ärztin und der Arzt zu spät oder gar nicht aufgesucht. Denn die klassischen Symptome für einen Herzinfarkt wie Engegefühl und Schmerzen im Brustkorb fehlen oftmals bei Frauen. Stattdessen klagen sie häufig über Übelkeit, Erbrechen sowie über Schmerzen im Nacken- und Schulterbereich. Diese fehlende Eindeutigkeit kann fatale Folgen haben: Da sie nicht mit einem Infarkt rechnen, warten die meisten Frauen erst einmal ab, bevor sie ärztliche Hilfe holen. Es geht wertvolle Zeit verloren, die über Leben und Tod entscheiden kann.

Diese und andere Krankheiten werden nach wie vor unterschätzt – von den Frauen selbst, von den Gesundheitspolitikerinnen und Gesundheitspolitikern und von den Ärztinnen und Ärzten. Unterschätzt

wird auch, dass Frauen eine eigene Gesundheitsforschung benötigen. Sie alle werden die Situation kennen. Wenn sich Kopfschmerzen bemerkbar machen, greifen Sie und Ihr Mann mit Sicherheit zur selben Tablette – und damit auch zur identischen Wirkstoffmenge. Was aber, wenn Ihre Körper völlig unterschiedlich auf die Mittel reagieren?

Im Gegensatz zu uns, haben die Vereinigten Staaten hier schon vor Jahren reagiert und klinische Studien an weiblichen Testpersonen vorgeschrieben. In Deutschland ist es hingegen erst seit 2004 Pflicht, Tests auch mit weiblichen Testpersonen durchzuführen. Das heißt aber noch lange nicht, dass diese Studien für bereits zugelassene Medikamente nachgeholt werden. Ausschließlich Medikamente, die neu zugelassen worden sind, hatten eine Chance, auch an weiblichen Testpersonen ausprobiert worden zu sein. Und obwohl Expertinnen und Experten wissen, dass es sehr wohl Unter-

schiede gibt, gilt dennoch der Mann in der Forschung als allgemein gültiges Modell. Der Männeranteil in medizinischen Studien liegt bei etwa 75 Prozent. Die fatalen Folgen für Frauen: sie werden immer wieder zu spät oder sogar falsch behandelt und erhalten Medikamente in zu hohen Dosen.

Frauen im SoVD
Das Thema

Um für eine bessere Gesundheit von Frauen einzutreten, muss der Blick erweitert und auf die Unterschiede und die speziellen, krankmachenden Lebensumstände von Frauen eingegangen werden. Denn Gesundheit heißt mehr, als dass der

Körper funktioniert. Sie ist ein alle Lebensbereiche umfassendes Wohlbefinden. Eine ausgewogene Ernährung, ausreichend Bewegung, der Verzicht auf gesundheitsschädliche Genussmittel wie Zigaretten und Alkohol, ein reges soziales Leben – was Frauen als gesunde Lebensweise empfinden und was sie für die Erhaltung ihrer Gesundheit tun, ist individuell ganz verschieden. Ob eine Frau gesund ist und bleibt, wird nicht nur von ihrer körperlichen Konstitution bestimmt, sondern auch von ihren Lebensbedingungen beeinflusst: ist sie verheiratet oder alleinerziehend, verfügt sie über ein eigenes Einkommen und ist sie finanziell unabhängig, pflegt sie Angehörige, lebt sie allein oder in der Familie?

Auf einer Fachtagung wollen sich die Frauen im SoVD Niedersachsen mit den weiblichen Lebenswelten und der weiblichen Gesundheit auseinandersetzen. Wie definieren wir Frauengesundheit, welche unter-

schiedlichen Krankheitsbilder gibt es, und wie wirkt sich mein Umfeld auf meine Gesundheit aus? Welche Anpassungsfähigkeit muss ich im Alter mitbringen? Welche gesundheitliche Belastung erfahren pflegende Angehörige? Wie wirkt sich Engagement auf meine Gesundheit aus? Was leistet die Gesundheitsreform? Auf diese und andere Fragen wollen wir mit den Tagungsteilnehmerinnen und den Expertinnen Antworten finden. Neben Brigitte Faber vom Weibernetz e.V. werden Dr. Ute Sonntag, Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V., und Ursula Jeß, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, referieren. Nähere Informationen zu dieser Tagung erhalten Sie beim SoVD Niedersachsen (Brigitte Kloss), Tel.: 05 11 / 7 01 48 39.

Die Gebühreneinzugszentrale (GEZ) kassiert Hartz-IV-Empfänger ab

Oftmals zu Unrecht GEZahlt

Schon GEZahlt? – die Frage kennt man. Weitgehend unbekannt ist: Die Gebühreneinzugszentrale (GEZ), die mit eben dieser Frage zum Gebühreneinzugs auffordert, treibt Medienberichten zufolge von Langzeitarbeitslosen hunderte Millionen Euro Rundfunkgebühren ein, obwohl diese eigentlich gar nicht zahlen müssten. Kritiker sprechen von Abzocke. Die GEZ dementiert die Vorwürfe, macht aber (weiterhin) negative Schlagzeilen.



Foto: Keystone

Wer fernsehen will, muss zahlen – es sei denn er ist von der Rundfunkgebühr befreit. Allerdings: Medien berichten, dass – eigentlich gebührenbefreite – Hartz-IV-Empfänger oft zu Unrecht zur Kasse gebeten werden.

Die GEZ steht in der Kritik: Es geht um die Praxis der Behörde beim Einzug von Rundfunkgebühren von Hartz-IV-Empfängern. Nach Berechnungen der Frankfurter Rundschau kassieren die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten etwa 560 Millionen Euro im Jahr von Hartz-IV-Empfängern, die eigentlich gar nicht bezahlen müssten.

Es wird berichtet, dass Ende 2006 insgesamt 2,84 Millionen Menschen von der Rundfunkgebühr befreit waren. Darunter würden sich auch 1,7

Millionen Hartz-IV-Empfänger befinden, die – wenn sie keine weiteren Zuschläge erhalten – von der Rundfunkgebühr befreit sind. Da allerdings rund 5,1 Millionen Bezieher von Arbeitslosengeld II gemeldet seien, ergäbe dies im Gegenzug, dass ARD und ZDF rein rechnerisch mehr als 560 Millionen Euro Rundfunkgebühr pro Jahr zu Unrecht einziehen.

Hintergrund: Seit Monaten diskutiert die GEZ mit der Bundesagentur für Arbeit (BA) über ein Verfahren, das es letzterer ermöglichen soll, au-

tomatisch Bescheinigungen für Langzeitarbeitslose auszustellen und an die GEZ weiterzuleiten, so dass diese die Befreiung direkt vornehmen kann. Die GEZ lehnt das jedoch ab, da die BA über 1,2 Millionen Euro Portogebühren pro Jahr für den Versand dieser Bescheinigungen verlangt. Im Gegenzug fordert die GEZ von der BA, die Hartz-IV-Bescheide elektronisch an sie zu übermitteln. Die BA sei, so die Frankfurter Rundschau, aber technisch nicht in der Lage, ihre Computer in absehbarer Zeit entsprechend zu programmieren. Vor Ende 2008 könne sie nichts machen. So schwelt das Problem weiter.

Da das Arbeitslosengeld II in der Regel für sechs Monate oder kürzer bewilligt wird, muss auch die Befreiung von der GEZ immer wieder beantragt werden, wenn der Betroffene arbeitslos bleibt. Doch viele der Betroffenen beantragen aus Unkenntnis oder wegen der bürokratischen Hürden keine Befreiung. Manche reichen auch unvollständige Unterlagen ein. Fast ein Viertel der Anträge wird darum von der GEZ mit der Aufforderung zurückgeschickt, die entsprechenden Papiere nachzureichen. Und schon wieder vergeht ein Monat, in dem die Rundfunkgebühr abgebucht wird.

Viele Langzeitarbeitslose sind mit dem Verfahren überfordert und überblicken die Konsequenzen nicht. Bis 2005 erhielten Bezieher von Arbeitslosengeld II von der Sozialbehörde automatisch die Bescheinigung von der GEZ, heute müssen sie selber daran denken – und die Hürden des Antragsverfahrens nehmen.



Foto: Gerbracht

SoVD-Mitglied Johann Schröder (Bildmitte) feierte seinen 105. Geburtstag. Herma Hustedt und Waldemar Hoener vom Ortsverband Neustadt-Grolland, Landesverband Bremen, gratulierten herzlich.

SoVD-Mitglied Johann Schröder wurde 105

Am 1. März feierte unser Mitglied Johann Schröder seinen 105. Geburtstag. Schröder ist laut Verbandsstatistik das älteste Mitglied im Landesverband Bremen und bundesweit das älteste männliche Mitglied. Anlässlich seines Geburtstages organisierte der ehemalige Arbeitgeber von Johann Schröder eine Fahrt mit der Bremer Straßenbahn, in der auch der Empfang zum Geburtstag stattfand. An diesem nahmen zahlreiche Prominente aus der Politik teil. Stellvertretend für den SoVD-Ortsverband Neustadt-Grolland kamen Herma Hustedt und Waldemar Hoener und überbrachten dem Jubilar die Glückwünsche des Ortsverbandes.

Tag der älteren Generation

Auch in diesem Jahr wird der „Tag der älteren Generation“ bundesweit in vielen Städten mit öffentlichen Veranstaltungen feierlich begangen. Die LAB (Lange aktiv bleiben – Lebensabend-Bewegung) in Kassel hatte 1968 erstmals zum „Tag der älteren Generation“ aufgerufen, der seitdem traditionsgemäß im April und möglichst am ersten Mittwoch im Monat stattfindet. Der Tag soll den Blick auf die Situation der älteren Generation lenken. Dabei steht für die Senioreninitiative die Verbesserung der Lage älterer Menschen im Mittelpunkt mit dem Ansatz, dies aus eigener Kraft zu schaffen und gleichzeitig denjenigen zu helfen, die Unterstützung und Zuwendung nötig haben. Beim „Tag der älteren Generation“ wird offenkundig: Die ehrenamtliche Arbeit, die in der LAB und in vielen anderen Seniorenorganisationen, auch beim Sozialverband Deutschland, geleistet wird, ist nicht nur ein Gewinn für die Älteren, sondern für die ganze Gesellschaft.

Top-Angebot für SoVD-Mitglieder Musical „Tanz der Vampire“ im Theater des Westens in Berlin

Der SoVD hat mit Top Ticket Line GmbH einen Kooperationsvertrag für das Musical „Tanz der Vampire“ geschlossen. Der Vertrag ermöglicht Mitgliedern den Besuch des Musicals zum Sonderpreis: In den Preisklassen eins bis drei wird ein Preisnachlass von 10 Euro pro Karte gewährt.

Informationen und Bestellungen können unter der Hotline 0 18 05/44 44 mit Angabe der Kundennummer 3 03 86 44, unter dem Stichwort: Aktion Sozialverband Deutschland, vorgenommen werden. Die Kundennummer 3 03 86 44 ersetzt die bisherige Debitorennummer 3 86 44 für alle Angebote.

Arrangement für Mitglieder des SoVD

Das Hotel Mondial in Berlin bietet SoVD-Mitgliedern folgendes Arrangement an: ein Ticket für das Musical „Tanz der Vampire“ in der ersten oder zweiten Preiskategorie (je nach Verfügbarkeit) sowie ein Drei-Gang-Musicalmenü im Restaurant des Hotels Mondial pro Person für 67 Euro. Zusätzlich können Übernachtungen gebucht werden für 49,50 Euro pro Person im Doppelzimmer und 79 Euro pro Person im Einzelzimmer inklusive reichhaltigem Frühstücksbuffet, Hallenbad- und Saunanutzung. Buchungen können über das Hotel Mondial vorgenommen werden, Tel.: 030/88 41 10.



Foto: Schlemmer

SoVD-Vizepräsidentin Marianne Saarholz hat eine Kooperation zwischen dem SoVD und dem Theater des Westens abgeschlossen. Das Foto zeigt Marianne Saarholz mit Alexander Klaws, der im Musical „Tanz der Vampire“ am Theater des Westens in Berlin die Rolle des Alfred spielt.

Anzeige

Speziell für Sie: 7 % Spar-Vorteil auf alle Bestellungen!



Nutzen Sie als Mitglied des SoVD den besonderen Einkaufsvorteil: **7 % Sofortabzug** auf alle Bestellungen bei Schwab.

Fordern Sie gleich den neuen **Schwab Sommer-Katalog** an. Überzeugen Sie sich von unserem **vielfältigen Angebot** für die ganze Familie mit top-aktuellen Mode-Trends, neuesten Deko- und Einrichtungsideen und brandheißen Technik-Artikeln.

Ihren Kataloganforderungs-Coupon finden Sie unten.

Gratis!
Gleich Katalog anfordern

Tolles Gewinnspiel!

Schwab verlost unter allen Einsendern des Coupons

3 Beauty-Center

Ihr Wellness-Studio für zu Hause mit großem Zubehör für Ihr Wohlbefinden: 1 Fußbad-Wanne, 1 Massagebürste mit 2 Aufsätzen, 1 Maniküre-/Pediküre-Set, 1 Gesichtssauna mit Inhalator-Aufsatz.

Mitmachen und gewinnen!

Teilnahmebedingungen: Mitmachen kann jeder, ausgenommen Mitarbeiter des Schwab Versand. Die Teilnahme ist nicht von einer Bestellung abhängig. Eine gleichzeitige Bestellung beeinflusst die Gewinnchance nicht. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Eine Barauszahlung des Gewinns ist nicht möglich. **Einsendeschluss:** 15.05.2007

Gratis Kataloganforderung & Gewinnspiel

Bitte abtrennen und einsenden an: **Schwab Versand GmbH, Kinzigheimer Weg 6, 63450 Hanau**

Ja, ich fordere gratis den neuen Schwab Sommer-Katalog an und nehme am Gewinnspiel teil.

Name, Vorname

Straße, Nummer

PLZ, Wohnort

Kunden-Nr., falls vorhanden

Datum/Unterschrift

(Mit meiner Unterschrift bestätige ich mein echtes Interesse)

KA 94 WKZ 0266
04/07

Politiker planen Änderungen im Verkehrsbereich

Umweltzonen und Kfz-Steuerreform: Dicke Luft für Besitzer alter Autos?

Die Konzentration an gesundheitsschädlichem Feinstaub liegt in vielen deutschen Städten über dem zulässigen Grenzwert. Daher denkt man dort über die Einrichtung sogenannter „Umweltzonen“ nach, die nur noch von Autos mit niedrigen Schadstoffwerten befahren werden dürfen. Der Ausstoß von Schadstoffen und Kohlendioxid (CO₂) soll künftig auch zur Bemessungsgrundlage der Kfz-Steuer werden. Was gut für unsere Gesundheit und das Klima ist, könnte die Besitzer älterer PKWs teuer zu stehen kommen.

Eine Vorreiterrolle übernimmt Baden-Württemberg. In der Landeshauptstadt Stuttgart werden schon zum Juli Schilder aufgestellt, die eine sogenannte „Umweltzone“ ausweisen. Diese darf dann nur noch von Autos befahren werden, die eine bestimmte Abgasnorm erfüllen. Hierfür können schon jetzt farbige Plaketten erworben werden, die sich an der Schadstoffklasse des jeweiligen Fabrikats orientieren. Schlechte Chancen, überhaupt einen dieser Aufkleber zu bekommen, haben die Besitzer von älteren Autos (Benziner ohne geregelten Katalysator und Diesel mit Abgasstufe Euro 1). Für sie wäre dann am Beginn einer solchen Umweltzone die Fahrt zu Ende.

Details zu den Regelungen stehen noch nicht abschließend fest. So setzt sich unter anderem der Stuttgarter Oberbürgermeister, Dr. Wolfgang Schuster, dafür ein, dass Benziner mit einem geregelten Katalysator der ersten Generation von den Fahrverboten ausgenommen werden. Auch will man in der schwäbischen Metropole verstärkt für den Umbau älterer Fahrzeuge werben.

Der Orient liegt im dritten Stock, am Ende eines gläsernen Flures. Dort lebt Vedina Aitun (Name von d. Red. geändert). Im Aufenthaltsraum ihrer Elfer-Wohngruppe liegen geknüpfte Teppiche auf den Sitzbänken. Auf dem Küchentresen steht ein silberner Samowar, ein türkischer Teekoher. Es ist eine Umgebung, in der sich die 72-jährige Kurdin zu Hause fühlen sollte, doch sie sitzt lieber auf einem einfachen Holzstuhl bei Frau Sommer. Aitun versteht kein Deutsch, Frau Sommer ist schwer dement und spricht fast überhaupt keine zusammenhängenden Sätze mehr. „Aber irgendwie fühlen sie sich wohl miteinander“, sagt der Zivildienstleistende Mohammad Al-Bayati. „Solche Szenen beobachte ich hier öfter, offenbar gibt es eine Kommunikation jenseits der Sprache.“

Das „Haus am Sandberg“ in Duisburg, 1997 als erstes multikulturelles Altenheim in Deutschland eröffnet, bietet Gelegenheiten für Kommunikation. Es gibt einen christlichen und einen muslimischen Gebetsraum, typisch deutsches Essen, aber auch ein türkisches Gericht ohne Schweinefleisch. Nicht nur die 15 Muslime, auch die anderen 81 Bewohner können zwischen drei Angeboten wählen. „Die Migranten erwarten gar nicht, dass unser türkisches Gericht wie in ihrer Heimat schmeckt oder wir alles über ihre Kultur wissen, es geht um die Geste, die ihnen zeigt: Hier sind sie willkommen“, erklärt Heimleiter Ralf Krause.

„Wir müssen jetzt etwas tun, um später nicht völlig überfordert dazustehen“, sagt Dragica Baric-Büdel

So zeugt der Einbau eines Partikelfilters nicht nur von der ökologischen Weitsicht seines Besitzers – er könnte sich gleich doppelt bezahlt machen: Der Fiskus fördert nämlich

tergund: Feinstaub kann Krebs erregen und Kohlendioxid schädigt als sogenanntes Treibhausgas unser Klima. An der Vermeidung dieser Schadstoffe sollte also jedem gelegen

sein. Wenn die in den Ministerien angestellten Überlegungen umgesetzt werden, kommen höhere Kosten jedoch in erster Linie auf die Besitzer älterer Autos zu. Wer sich ein Nachrüsten nicht leisten kann, zahlt so unter Umständen höhere Steuern

und muss darüber hinaus mit einem Fahrverbot rechnen. Schadstoffverursacher außerhalb des Straßenverkehrs – Kraftwerke und industrielle Anlagen – sind von den Maßnahmen bisher nicht betroffen.

Außer Baden-Württemberg wird wohl kein anderes Bundesland in diesem Jahr Umweltzonen einführen. Über Details und Ausnahmeregelungen verhandeln derzeit aber noch die Umweltminister der Länder. Sollten sich „Normalverdiener“ und Fahrer älterer Autos also Sorgen machen? Bundesverkehrsminister Tiefensee versucht zu beruhigen: „Autofahren muss bezahlbar bleiben.“ *jb*

Frage des Monats – Ihre Meinung

Bessere Luft oder freie Fahrt? Das wollten wir im März von Ihnen wissen: „Viele Kommunen richten derzeit sogenannte Umweltzonen ein, d.h. Autofahrer, deren Fahrzeuge bestimmte Abgasstandards nicht einhalten, dürfen dann viele Innenstädte nicht mehr befahren. Sind Sie dafür?“

Bei Redaktionsschluss präsentierte sich ein relativ ausgeglichenes Ergebnis: 41 Prozent der SoVD-Mitglieder, die im Internet abgestimmt haben, gaben der Gesundheit die Vorfahrt. 59 Prozent dagegen wollten auf den PKW nicht verzichten. Insgesamt haben sich 190 Personen beteiligt. Die Frage des Monats April finden Sie auf Seite 12.

das Nachrüsten von PKWs und plant gleichzeitig den Umbau der Kraftfahrzeugsteuer. Diese bemisst sich bisher noch nach der Größe des Hubraums. Im Bundesverkehrsministerium wird jedoch an einem Modell gearbeitet, nach dem künftig der Ausstoß von Schadstoffen und klimaschädlichem CO₂ maßgeblich wäre: Je besser ein PKW dabei abschneidet, desto geringer fiele die Steuerlast aus. „Dadurch erhalten die Hersteller einen Anreiz, mehr umweltfreundliche Fahrzeuge anzubieten“, führt Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee aus.

Die Debatte um Umweltzonen und Kfz-Steuer hat einen ernsten Hin-

Generation Heim

Interkulturell, transkulturell, kultursensibel – es gibt viele Adjektive für ein Ziel: die deutsche Altenhilfe und Altenpflege für Migranten zugänglich zu machen. Lange blieb dieser Bereich von Integrationsbemühungen völlig unberührt, das Problem drängte nicht. Die erste Generation der Gastarbeiter hat nun bereits das Rentenalter erreicht. Im Jahr 2005 waren nach einer Erhebung des Statistischen Bundesamtes mehr als 840 000 Ausländer in Deutschland über 60 Jahre alt, in vier Jahren sollen es bereits 1,3 und im Jahr 2030 schon 2,8 Millionen sein. Die vielen eingebürgerten Einwanderer sind da noch gar nicht mitgerechnet. Nach den Daten des neuesten Mikrozensus haben immerhin fast 20 Prozent aller Menschen, die in Deutschland leben, einen Migrationshintergrund.

vom Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt (AWO). Bei vielen Wohlfahrtsorganisationen sei das Thema noch Zukunftsmusik. Das vor zwei Jahren initiierte „Memorandum für eine kultursensible Altenhilfe“ haben zwar so gut wie alle Verbände unterschrieben, an der Kampagne von 2004 bis 2006 beteiligten sich jedoch nur drei große aktiv – AWO, Deutsches Rotes Kreuz (DRK) und Caritas –, außerdem viele lokale Netzwerke und Hochschulen.

Drei Jahre hat sich das Team vom Roten Kreuz Nordrhein auf das Modellprojekt im „Haus am Sandberg“ vorbereitet. Die Beteiligten absolvierten Schulungen zum Thema „Wie öffne ich mich?“, besuchten



Foto: Hagenguth / Aktion Mensch

Seit zehn Jahren gehören Sehmus und Safiye Kargi zum festen Kern des Senioren-Begegnungszentrums in Berlin-Kreuzberg.

Moscheen und machten sich Gedanken zum Umgang mit Krankheit in anderen Kulturen. 1997 kam der erste türkische Bewohner. „Wir haben uns mit unserem theoretisch Erlernen regelrecht auf ihn gestürzt“, erinnert sich Heimleiter Krause. „Einige Pflegerinnen banden sich ein Kopftuch um, wenn sie ihn in seinem Zimmer besuchten, er bekam natür-

lich Tee, Fladenbrot und Feta zum Frühstück.“ Nach einigen Wochen sagte der Sohn: „Mein Vater lebt seit 40 Jahren in Deutschland. Er isst morgens gerne Marmelade und Brötchen, bitte hört auf mit dem Affentheater!“ Die interkulturelle Öffnung von Alteinrichtungen macht Sozialwissenschaftler Manfred Hielen: „Man muss immer wieder aufeinander zugehen, Sensibilisierungs- und Antirassismus-Arbeit leisten.“ Auch im „Haus am Sandberg“ funktioniert Multikulti nicht immer reibungslos, Vorurteile und Berührungspunkte zeigen sich vor allem im Kleinen. Am Morgen sitzt etwa die 90-jährige

Frieda Fuchs noch mit den Türkinen beim Frühstück. Sie esse so gerne Feta, verrät sie, und die türkische Betreuerin Bengi Azcan sei sowieso ihr Liebling. Am Nachmittag, bei einer Tasse Kaffee, mokiert sie sich über die Kopftücher der Musliminnen, die seien doch furchtbar unmodern. „Manche leben hier wie im Mittelalter.“

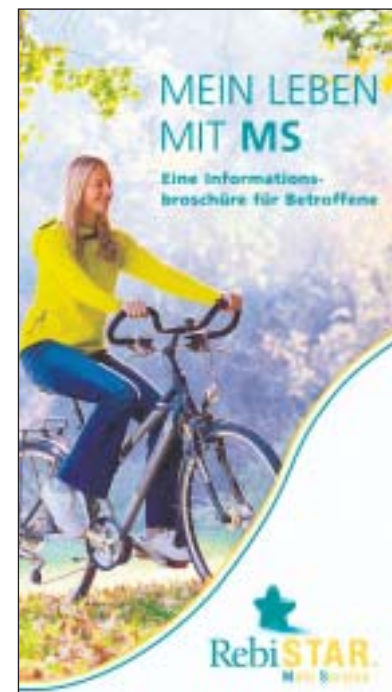
Natürlich gebe es immer mal wieder Unverständnis und Spannungen, räumt der Heimleiter ein, allerdings auch zwischen deutschen Senioren: „Doch dadurch, dass wir zum Beispiel religiöse Feste gemeinsam feiern, entsteht auch ein Interesse und Verständnis für das Fremde.“ Wichtig sei auch die Rücksicht auf individuelle Bedürfnisse. „Egal, ob es um eine gleichgeschlechtliche Pflegekraft oder Mitbewohner mit ähnlichen Interessen geht – wir versuchen auf jeden einzelnen Menschen einzugehen und flexibel zu sein.“

Vielen Gastarbeitern der ersten Generation falle es schwer, im Alter mit ihrer Biografie umzugehen. „Da hat man viel Geld in ein Haus in der Heimat gesteckt, immer gehofft und ist doch nie zurückgegangen“, sagt Safiye Kargi, die eine türkische Seniorengruppe aufgebaut hat. Sie habe inzwischen akzeptiert, dass Deutschland ihre Heimat ist, pendelt jedoch jedes Jahr für zwei Monate nach Mersin, besucht dort das Grab ihrer Eltern. „Aber wenn das nicht mehr geht, bleibe ich mit meinem Mann hier“, sagt die 64-Jährige. Schließlich leben alle drei Kinder in Deutschland. „Und die Enkel brauchen doch ihre „anneanne“ – ihre Oma. Antonia Götsch, (MENSCHEN das magazin 1/2007)

Mein Leben mit MS – Neue Broschüre macht Patienten mit Multipler Sklerose Mut

Die Diagnose Multiple Sklerose (MS) ist für Betroffene zunächst ein Schock. Unerwartet werden die eigenen Lebenspläne infrage gestellt.

Wie wird mein Leben sich verändern? Welche Behandlungsmöglichkeiten gibt es? Antworten auf diese und andere Fragen gibt der neue Patientenratgeber „Mein Leben mit MS“, den das Biotechnologie-Unternehmen Serono zusammen mit MS-Patienten entwickelt hat. Die neue Broschüre macht Patienten wie auch Angehörigen Mut, sich mit der Krankheit auseinanderzusetzen und einen eigenen Weg im Umgang mit MS zu finden. Sie enthält neben aktuellen Informationen zu Ursachen, Symptomatik und Behandlungen auch praktische Tipps für den Alltag und zeigt Möglichkeiten für den Austausch mit anderen Betroffenen. Auch Patienten selbst kommen zu Wort und berichten über ihre Erfahrungen mit MS. Die Broschüre „Mein Le-



ben mit MS“ kann ab sofort kostenlos unter Tel.: 08 00/7 32 43 44 oder auf www.leben-mit-ms.de angefordert werden.

www.barrierefrei.de

Neue Internetseite für behindertengerechtes Bauen und Wohnen

Die neue Internetseite www.barrierefrei.de bringt ältere und behinderte Menschen mit den wichtigsten Ansprechpartnern rund um das Thema Barrierefreiheit zusammen. Dort finden Interessenten über eine Postleitzahlensuche Adressen von Handwerkern, Planern, Architekten und Beratungsstellen in ihrer Nähe, für die das barrierefreie Bauen und Wohnen zum Arbeitsalltag gehört. Vom Kippspiegel bis zur Rampe für Rollstuhlfahrer – im Shop finden sich viele innovative Produkte, die helfen, die Hürden in ihrem Haus abzuschaffen, damit sie ihren Alltag trotz Handicap barrierefrei gestalten können.

Personalien



Horst Wendland, Bundesvorstandsmitglied, wird am 24. April 70 Jahre alt.



Michael Wiedeburg ist neuer 1. Landesvorsitzender des Landesverbandes Berlin-Brandenburg.

Besuchen Sie unsere Homepage www.sovd.de



Fernsehtipp: Behinderte zeigen ihre Wirklichkeit

„5 Minuten Alltag!“

Der Wettbewerb, zu dem die Arbeitsgemeinschaft Behinderung und Medien e.V. (abm) aufgerufen hat, klingt ungewöhnlich: Menschen mit Behinderung sollten ein Stück ihres Alltagslebens in Szene setzen. Denn: „Nur wenige wissen, wie dieser Alltag tatsächlich aussieht“, erklärt Peter Radtke, Geschäftsführer der abm.

Die Ergebnisse des Wettbewerbs „5 Minuten Alltag!“ können sich sehen lassen: Wirklichkeitsnah und fantasievoll haben sich die Amateurfilmer der Jury präsentiert. Insgesamt fünf Geschichten kamen in die Endauswahl – allein ihre Titel lassen erahnen, wie sehr den Autoren ihr Thema am Herzen lag:
• Die Stille ist mir laut genug
• Ramonas täglicher Kampf
• Frontmann von Ohlstadt Hotel
• Mit der U1 auf Höllentrip

• Geht nicht gibt's nicht
Interessierte können sich selbst einen Eindruck verschaffen: Das Fernsehmagazin „Normal“ zeigt die Kurzfilme und ermöglicht es den Zuschauern, per Telefon für Ihren Favoriten abzustimmen. Übertragen wird die Sendung vom Deutschen Sportfernsehen (DSF) am 14. April von 11.45 bis 12.15 Uhr.
Nähere Informationen zu dem Wettbewerb gibt es im Internet unter www.abm-alltag.de

Die Bundesschatzmeisterin informiert

Überprüfen Sie die Daten Ihrer Überweisungen auf den Kontoauszügen!

Betrüger lassen sich immer neue Methoden einfallen, um an das Geld anderer Leute heranzukommen. Vor allem auf die Arglosigkeit der Opfer wird gesetzt. Einige stehlen oder fälschen Überweisungsscheine. Andere Betrüger versuchen Firmenkonten oder Vereine, deren Bankverbindungen öffentlich sind, um Geldbeträge zu erleichtern. Manche plündern Konten im Internet, indem sie Kunden vormachen, dass sie ihre Geheim- und Kontonummern offen legen müssen. Machen Sie deshalb Ihre Kontonummer nie Unbekanntem zugänglich! Behalten Sie Ihr Konto immer im Auge! Wenn Sie eine Abbuchung auf Ihrem Privat- oder Vereinskonto feststellen, die Sie nicht zuordnen können, gehen Sie am besten sofort zur Bank und lassen die Abbuchung rückgängig machen. Wenn Sie sich innerhalb von sechs Wochen melden, wird das Geld von der Bank wieder gutgeschrieben. Aber nach dem Ablauf der Frist sieht das anders aus. Dass Banküberweisungen gestohlen werden, ist auch keine Seltenheit

mehr. Dieser Trick ist beliebt, weil mit wenig Aufwand an viel Geld zu kommen ist. Ein besonders dreister Fall ereignete sich Ende vergangenen Jahres während der Weihnachtsfeiertage. Betrüger hatten den Briefkasten an der Eingangstür einer Bank zugeklebt, einen Zettel daran befestigt mit dem Hinweis „Überweisungen im Foyer in einen anderen Behälter werfen“. Aber dieser Behälter war von den Tätern aufgestellt worden.

Und noch ein Tipp: Achten Sie darauf, dass Sie möglichst allein am Geldautomaten stehen. Wenn Sie technische Veränderungen bemerken, schalten Sie sofort die Polizei ein. Keinen Cent bekommen Sie als betrogener Kunde, wenn Sie nachweislich gegen die Sorgfaltspflicht verstoßen haben. Zum Beispiel, wenn Sie die Geheimzahl auf der EC-Karte oder einen Zettel notiert haben, den Sie in Ihrem Portemonnaie aufbewahren. Auch wenn der Verlust der Karte sofort angezeigt und die Karte gesperrt wird, müssen Sie dann anteilig für den Schaden aufkommen.

Gesucht und gefunden in der Zeitung des Sozialverband Deutschland

Mobilität die Freude macht Große Auswahl - Hausvorführung

Elektroscooter ab 1.551,- €
Breeze 3- und 4-Rad

NEU In einer Minute zerlegt

NEU: Badewannenlift

NEU Doppelsitzer

WEILEDER Elektrofahrzeuge

Im Winter mit Heizung, im Sommer ohne Türen.

weileder-tech-gmbh.de

E-Mobil bzw. E-Rollstuhl, guter Zustand je VB 1.000,- € Anlieferung mögl. ☎ 051 08/92 54 96

Tandem Drei- + Vierrad-Fahrrad, mit - ohne E-Motor zu verkaufen. Ideal für ältere Menschen - auch f. Blinde geeignet. Kein umkippen u. jeden Berg hinauf. Wir liefern das Fahrzeug aus. ☎ 0173/7 38 76 10

An- und Verkaufsanzeigen

Keine Reiseanzeigen – Keine gewerblichen Anzeigen

An die Zeitung des SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND (SoVD), Anzeigenverwaltung U. Struckmeyer, Postfach 12 66, 27723 Worpsswede

Die nachstehende Anzeige veröffentlichen Sie bitte unter „An- und Verkaufsanzeigen“ (keine „Reise-Gewerblichen Anzeigen“), pro Zeile 5,95 Euro incl. 19% MwSt. Anzeigenannahmeschluss: Am 3. des Vormonats.

Vor- und Zuname _____

Straße und Nr. _____

PLZ _____ Wohnort _____

Seniorenwohnung in Winsen/Aller, 2 Zi. mit Bad u. WC, m. betreutes Wohnen ☎ Chiffre 70008

MAYRA-Rollstuhl, wenig gebraucht, Regenzeug neu, VH-100,- € ☎ 04 21/3 60 22 38

LIFTE TREPPEN

ABEG TREPPENLIFTE GmbH

Kooperationspartner des SoVD
LV NRW (ehemals Reichsbund)

Beratung · Verkauf · Service bundesweit

Lassen Sie sich kostenfrei + unverbindlich ein Angebot unterbreiten

☎ 0 800 / 399 80 30
0,0 Cent / Minute

www.abeg-treppenlift-gmbh.de

Ihr Bruch

Spranzband - 60

Ohne Feder, ohne Schenkelriemen, mm-genau einstellbar. Seit 90 Jahren im In- und Ausland viel-100.000-fach bewährter Vollschutz bei Leisten-, Hoden-, Nabel- und Bauchwandbrüchen.

Ausschn. u. einsenden - Prosp. 30 gratis
SPRANZ GmbH, Postfach 9153, D-73416 Aalen
www.spranzband.de

Medizinisch sinnvolle Vorsorge für Herz + Kreislauf Fit-line Omega 3 + Vitamin E flüssig mit Nanomicillierung für optimale Bioverfügbarkeit. ☎ Beratung: ☎ 0 62 32 / 8 53 66

Elektromobile SCHOLZ
Mobilitätsprodukte

Treppenlifte ab 3.250,- €

Badewannenlifte ab 980,- €

Elektromobile verschiedene Modelle ab 1.500,- €

Stadtblick 14
38112 Braunschweig

Gratisprospekte anfordern oder Termin vereinbaren!
kostenlos ☎ 0800-327 327 0

PC-/Büro-Tätigkeit selbständig von zu Hause aus! ☎ 0 56 24/92 53 83
Info unter: www.reis.jobkontor.info

Suche – Kaufe - Briefmarken - Einzelteil + Sammlungen - Bund - Berlin - DDR - Deutsches Reich + Nebengebiete ☎ 0 64 55/415

Treppenlifte

Direkt vom Hersteller
NEU & GEBRAUCHT

HEIM GmbH

Erstklassige Qualität zu Preisen, wie sie nur ein Hersteller bietet.

JETZT KOSTENLOS ANRUFEN:
0800/420 5 420

Ruppichteroth Rathausstraße 21

Potenzschwach?

Leistungsdruck führt auch in der Liebe zu Versagensängsten. Deshalb **Eumel-Bull-Kraft NE Dragées** zur Stärkung der Sexualität. 1 Packg. enthält 60 Dragées, € 28,00 (inkl. Versandsk.). Jetzt sofort bestellen, in 14 Tg. bezahlen.

Otto Blocherer, Abt. E14,
Friedensstr. 4, 86391 Stadtbergen

IN RUHE GESUCHT, DAS BESTE GEFUNDEN, IN DER SOVD-ZEITUNG!

Ich ermächtige die ZEITUNG DES SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND (SoVD)-Anzeigenverwaltung U. Struckmeyer, die Insertionskosten von meinem Konto abbuchen zu lassen. Die Bezahlung Ihrer Anzeige kann nur durch Abbuchung oder Vorkasse (Scheck) erfolgen.

Bank / Postscheckamt _____ in: _____

Bankleitzahl _____

Konto-Nr. _____

Datum _____ Unterschrift _____

Der Text meiner Anzeige: _____ Ausgabe _____

Mindestgröße 2 Zeilen = 11,90 Euro incl. 19% MwSt.

3 Zeilen = 17,85 Euro incl. 19% MwSt.

4 Zeilen = 23,80 Euro incl. 19% MwSt.

5 Zeilen = 29,75 Euro incl. 19% MwSt.
je weitere Zeile = 5,95 Euro incl. 19% MwSt.

Kleinanzeigen in Fließsatzausführung, 1spaltig in 3 mm Grundschrift. Bis zu 3 Wörtern am Anfang fett, sonst keine Hervorhebung oder Umrandung. Pro Zeile bis maximal 38 Buchstaben bzw. Zeichen einschließlich der erforderlichen Zwischenräume. Nur allgemein gebräuchliche Abkürzungen möglich. Chiffregebühr 5,35 Euro pro Anzeige incl. MwSt.